

---

## **Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung** (ÖGS Österreichische Gesellschaft für Soziologie – Sektion Ländliche Sozialforschung)

### **Protokoll der Sitzung vom 17. November 2017**

An der **84. Sitzung** der Arbeitsgemeinschaft nahmen teil:

Aschenbrenner (Österreichisches Kuratorium für Landtechnik und Landentwicklung), Fehrer (BMLFUW, Abt. II/1 Grundsatzabteilung Agrarpolitik und Datenmanagement), T. Fischer (Universität für Bodenkultur Wien, IRUB Institut für Raumplanung, Umweltplanung und Bodenordnung), Ganzberger (Alpenverein Austria), Gehmacher (Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft), Chr. Gruber (Wien), E. Gruber (Universität Wien, Institut für Geographie und Regionalforschung), Gschnell (BMLFUW Abt. II/9: Bildung, Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit), Gwechenberger (BMLFUW Zentraleitung Abt. EU-Finanzkontrolle), Hancvencl (Gesellschaft für Agrar- und Umweltrecht), Hemetsberger (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abt. Raumordnung und Regionalpolitik), O. Hofer (BMLFUW, Abt. II/1 Grundsatzabteilung Agrarpolitik und Datenmanagement), Holtkamp (Universität Innsbruck, Institut für Soziologie), Holthus (Universität Wien, Institut für Ostasienwissenschaften, Abt. Japanologie), Köck (Universität Wien, Institut für Geographie und Regionalforschung), Kortschak (Regionalmanagement Südoststeiermark, Steirisches Vulkanland, Bad Radkersburg), Lützeler (Universität Wien, Institut für Ostasienwissenschaften, Abt. Japanologie), Mlinaritsch (Verein LEADER Region Kamptal), R. Müller (Bäuerliche Unternehmensberatung, Klagenfurt), Neugschwandtner (BMLFUW Präs. 4 Schulen, Zentren für Lehre und Forschung), Oedl-Wieser (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Penz (Gartentherapie, Geragogik, Gartenpädagogik, Wiener Neustadt), Pevetz (ehem. Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Rest (Universität Salzburg, Abt. Public Relations und Unternehmensorganisation), Rockenbauer-Peirl (BMLFUW Abt. II/9: Bildung, Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit), Rosenwirth (BMLFUW, Abt. II/9 Bildung, Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit), Schipfer (ÖIF Österreichisches Institut für Familienforschung), Scholly-Bachinger (Amt der NÖ Landesregierung, Abt. Raumordnung und Regionalentwicklung), Semanek (Institut für Geschichte des ländlichen Raumes, St. Pölten), Spreitzer (BMAS Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz), Strempl (Sozialversicherungsanstalt der Bauern, Abt. Sicherheit und Gesundheit), Strummer (Regionalmanagement Niederösterreich Büro Waldviertel), Stumpf (Waldpädagogin), Tunst-Kamleitner (Universität für Bodenkultur, Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung), Urlesberger (Regionalmanagement Steirischer Zentralraum, Graz) M. Vogt (ÖBV Österreichische Bergbauernvereinigung, Via Campesina Österreich), Wieser (Universität Wien, Institut für Soziologie), Wiesinger (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Wonneberger (VIA Institut für alltagsbezogene Sozialforschung und regionalen Diskurs e.V. Ravensburg)

**Entschuldigt** haben sich:

Amann, Balas, Bohlheim, Brauer, Burger-Scheidlin, Danhel, Darnhofer, Egartner, Ehlers, Eigelsreiter-Jashari, Fößleitner, Franke, Freyer, Fugger, Fux, Garstenuer, Grasberger, E.-M. Griesbacher, M. Gruber, Haase, Hackl, Häfele, Haring, Haubenhofner, Heistingner, Helmle, Herzog-Punzenberger, Hirschmugl-Fuchs, Hirte, Hodgson, B. Hofer, Hoffmann, Höllinger, Holzapfel, Hoppichler, G. Huber, Kapferer, Kaufmann, Kirner, Kittel, Kolland, Kroismayr, Langthaler, Lampalzer, Larcher, Loibl, Lukesch, Machold, Manzenreiter, Marwieser, Moalla, Paller, Panholzer, Pass, Penker, Pfusterschmid, N. Pretterhofer, Putzing, J. Resch, Rossier, Sancho-Reinoso, Sandgruber, Schermer, Schmitt, Schnetzinger, Schwärzler, Schwaiger, Seiser, Seitinger, Šfastný, Stotten, Strauss, Strutzmann, Tamme, Thünauer, Tischler, Vogel, Welan, Wilhelm, Wogowitsch, Wohlmeyer, Ziehaus, Zsilincsar

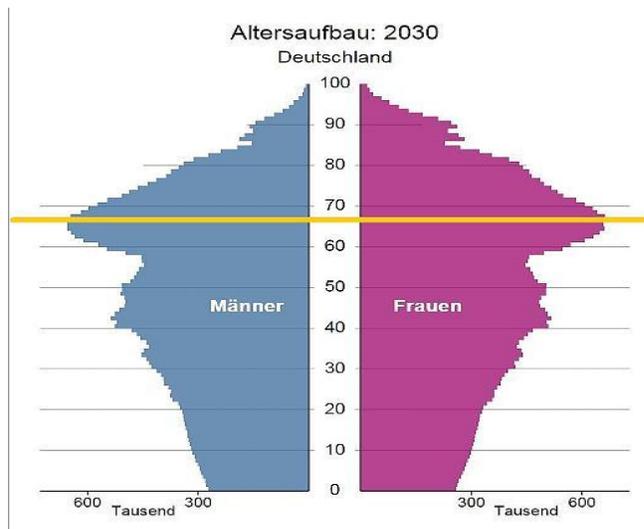
Der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft **Wieser** begrüßt alle Anwesenden recht herzlich und eröffnet die Sitzung.

Im ersten Beitrag referierte **Eva Wonneberger**, freiberufliche Mitarbeiterin des VIA-Instituts für alltagsbezogene Sozialforschung Ravensburg - Regionalstelle Gemeinschaftliches Wohnen, über ihre Studie zum *„Demographischen Wandel und neue Wohnformen in ländlichen Regionen in Süddeutschland“*. Wonneberger ist promovierte Diplom-Soziologin aus dem Bereich der Stadt- und Regionalplanung. Das VIA-Institut führt kleinere Untersuchungen zur Sozialraumplanung in ländlichen Regionen in Oberschwaben durch, meistens in Form von telefonischen Befragungen. Manche Dörfer wollen wissen, welche Wohnbedürfnisse ihre BewohnerInnen ab dem 50. Lebensjahr haben. Anhand der Ergebnisse werden Konzepte für die Gemeinden entwickelt. Im Moment besucht Wonneberger im süddeutschen Raum, d.h. in Bayern und Baden-Württemberg, Projekte in kleinen Dörfern, die neue Wohnformen zu installieren. In Sachen *Agrarsoziologie* führte sie Anfang der 1990er Jahre eine Untersuchung zur Belastungssituation und gesundheitlichen Auswirkungen bei Bäuerinnen in Süddeutschland durch. Ihre Dissertation behandelte den Modernisierungsstress bei Bäuerinnen. Später arbeitete sie an Projekten zur Dorfentwicklung durch Existenzgründung von Frauen. Zuletzt untersuchte sie neue Wohnprojekte in Dörfern im peripheren ländlichen Raum in Süddeutschland.

## I. Gesellschaftliche Hintergründe

Wir leben in einer Gesellschaft mit zunehmend älteren Menschen und immer weniger Kindern und Jugendlichen. Die demografischen Veränderungen in Deutschland sind in aller Mund. Dies wird sehr oft als eine Drohung gesehen, gerade wenn es um die Sicherheit der Altersrenten geht. Man könnte das aber auch umdrehen und sagen, was an dieser Entwicklung positiv ist, nämlich dass wir alle gesund älter werden. Heute ist die Gesundheitssituation von 60, 70 oder 80-Jährigen in Mitteleuropa beeindruckend positiv. Das heißt für viele Leute, die in Rente kommen, sie brauchen nicht denken *„ich werde demnächst sterben“*, wie noch bis vor 50 Jahren als die Lebenserwartung noch sehr niedrig war, sondern es tut sich noch einmal ein neues Zeitfenster auf. Man kann heute mit 60 noch einmal ganz andere Weichen stellen und sich Gedanken machen, wie man die nächsten 30 Jahre leben möchte. Dies ist einer der Hintergründe für diese neuen Wohnformen. Unter älteren Menschen gibt zunehmend Leute, die sich überlegen, was könnte ich noch gestalten, wie könnte ich noch möglichst viel mitentscheiden, verwalten, organisieren in so einer neuen Wohnanlage. Das bringt Möglichkeiten für die alten Menschen, von denen manche sagen *„ich habe mein Leben im Büro verbracht, aber ich würde eigentlich gerne noch viel mehr im Sozialen etwas wirken und mit Leuten zusammen etwas aufbauen.“*

Abbildung 1: Vorausberechnung der demografischen Entwicklung in Deutschland

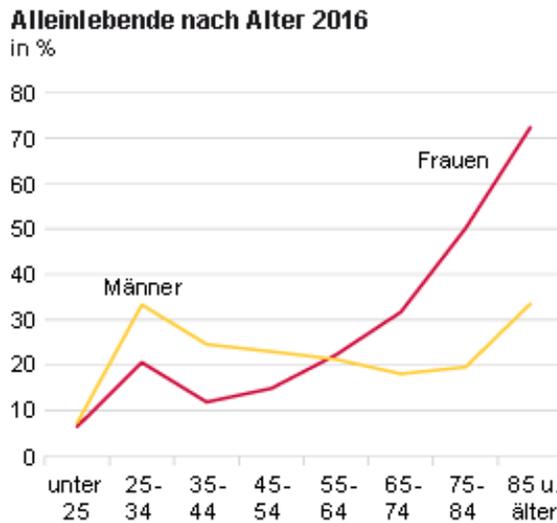


Quelle: Wonneberger, Wüstenrot Stiftung 2009

Ein Hintergrund für die neuen Wohnformen ergibt sich also aus dem demografische Wandel. Der zweite Hintergrund ist, dass sich die Familienstrukturen in den letzten, 20, 30 Jahren dramatisch verändert haben. Zum einen durch veränderte Arbeitsbedingungen, besser ausgebildete junge Leute, die meistens relativ mobil ab Mitte ihre 20er, 30er Lebensjahre sind. Sie ziehen ihren Arbeitsplätzen folgend oft in weit entfernte Städte, was eine Abnahme der Bindungen zur Folge hat. Das ist auch für die jungen Familien dramatisch. Die leben oft in einer Kleinfamilie, weit entfernt von ihren Verwandten, die nicht mehr helfen können. Umgekehrt bleiben die Älteren alleine zurück. Gerade in peripheren ländlichen Gemeinden haben die jungen Berufstätigen wenig Anbindung an die Familie haben. Meist kommen sie nur noch selten auf Besuch. Dies nennen wir die „*sinkende Verlässlichkeit der familiären Bindungen*“. Dies bewirkt eine Tendenz der Vereinsamung in allen Altersgruppen durch die veränderten Familienstrukturen.

Allgemein verzeichnen wir eine starke Zunahme von Singles in Ein-Personen-Haushalten. Das beginnt für junge Leute, die wenn sie von daheim ausziehen, nicht gleich eine eigene Familie gründen. Wenn sie Mitte 30, Ende 40 eine eigene Familie gegründet haben, folgt oft die große Zahl an Scheidungen. Die Leute geraten dann wieder in Single-Situationen. Wenn man eine idealtypische Biografie entwerfen möchte, dann ziehen sie mit 50, 60 vielleicht noch einmal mit jemandem zusammen, um dann vielleicht mit 70 aus irgendwelchen Gründen, etwa weil der Partner stirbt, wieder alleine zu wohnen. Wir haben nachweisbar eine Zunahme von Ein-Personen-Haushalten über die ganze Biografie. Die Leute heiraten nicht mehr verlässlich mit 20 oder 30 und sind dann bis 70 in einer Wohnung oder Familiensituation zusammen. Der Lebenslauf ist heute stark durchbrochen. Daraus ergibt sich ein großes Interesse von älteren und jüngeren Familien am Mehrgenerationenwohnen, jeweils aus unterschiedlichen Motiven. Man muss schauen, wie man sich vielleicht mit Menschen in der Nachbarschaft arrangiert.

Abbildung 2: Alleinlebende nach Alter 2016



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis) Ergebnisse des Mikrozensus 2017

Was bedeutet das für ländliche Gemeinden? Früher bildeten viele Dörfer eine zusammenhängende kleine Welt im wirtschaftlichen Bereich, aber auch im Wohnbereich und im Bereich der Familienversorgung, der kleinen Läden und Dienstleistungen. Im Dorf herrschte eine Einheit von Wirtschaften und Leben. Es gab Möglichkeiten für viele (nicht ganz hochqualifizierte) Berufe im Dorf zu arbeiten und für junge Familien da auch Versorgung zu finden. Mit dem starken Strukturwandel in der Landwirtschaft und den bereits vorhin skizzierten Veränderungen durch Globalisierung und Differenzierung der Berufe, Individualisierung der Menschen und ihrer Lebensstile hat sich das verändert. Dörfer sind immer mehr zu reinen Wohnstätten geworden, das Gewerbe ist abgewandert und auch die Infrastruktur an Gaststätten, Schulen und Ärzten ist in den Dörfern oft bedroht. Besonders stark wirkt sich dies in peripheren ländlichen Gemeinden aus. In Süddeutschland ist dies in den kleinen Dörfern, etwa in Oberschwaben deutlich.

Das Wohnen auf dem Land ist zwar für jüngere Familien finanziell günstiger, aber der Aufwand, sich mit dem Nötigsten zu versorgen ist oft größer in der Stadt. Die Älteren bleiben oft in großen Häusern zurück mit großen Gärten, die sie gar nicht mehr versorgen können. Sie sind dann auf die Hilfe im Dorf angewiesen, die immer schlechter wird, weil die Jungen wegbleiben. Damit stellt sich auch für kleine Dörfer die Aufgabe, die Daseinsfürsorge für ihre Bürger neu sicherzustellen im Sinne von Wohnen, Altersversorgung und Dienstleistungen. Weshalb manche Bürgermeister in kleinen Gemeinden in Süddeutschland schon überlegen, was können wir tun, damit unsere älteren Bewohnern nicht in ein Altersheim in der Stadt müssen, wo die Ärzte und großen Einrichtungen sind?

## II. Beispiele neuer Wohnformen in kleinen ländlichen Gemeinden

Das *Paritätische Bildungswerk Baden-Württemberg* und die *Wüstenrot Stiftung* haben die spezielle Situation des Älterwerdens in kleinen Gemeinden und im ländlichen Raum in einer gemeinsamen Fachveranstaltung am 15. Juli 2008 in Ulm aufgegriffen. Beispiele aus Baden-Württemberg und aus Bayern lieferten in dieser Veranstaltung vielfältige Anregungen für neue Initiativen und Konzepte. Die Inhalte der gesamten Veranstaltung wurden in einer Dokumentation zusammengefasst, um auch einem größeren Kreis an Interessenten zur Verfügung gestellt werden zu können. Die Veranstalter hofften, dass sie dadurch einen Beitrag leisten können, die in vielerlei Hinsicht bisher eher vernachlässigte, besondere Bedarfssituation in kleinen Gemeinden im Umland der Städte und im ländlichen Raum stärker in den

Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken. In Baden-Württemberg gibt es demnach insgesamt über 500 Initiativen für neue Wohnformen in der Gestalt von Baugemeinschaften, Genossenschaften und Mietervereine (Wüstenrot Stiftung 2009).

Die Tendenz Richtung neuer Wohnformen ist zunehmend. Es handelt es sich dabei um den am schnellsten wachsende Sektor am Wohnungsmarkt (vgl. Leibniz-Institut, 2011). Dieses Phänomen ist damit Hoffnungsträger für Gemeinden. Am schnellsten zu verwirklichen sind Baugemeinschaften, aber nachhaltig im Konzept sind Genossenschaften und Mietervereine mit langer Mietpreisbindung (Wonneberger 2011 und 2015). Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen die Autoren in einer aktuellen Studie der Wüstenrot-Stiftung (2016). Dass dieses Thema zunehmend an Relevanz gewinnt, zeigt auch eine aktuelle Untersuchung des *Deutschen Instituts für Urbanistik Berlin (difu)* zur Unterstützungsfunktion von Kommunen für Gemeinschaftliche Wohnprojekte. Die Ergebnisse sind noch nicht veröffentlicht. Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* in Berlin hat derzeit ein Modellprogramm zum Gemeinschaftlich Wohnen in Kooperation mit dem *FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V.* Bis 2019 sollen insgesamt 29 Projekte in ganz Deutschland gefördert werden.

Im Folgenden sollen einige Beispiele für neue Wohnformen dargestellt werden.

*Abbildung 3: Windach, Oberbayern*



Quelle: Wonneberger

Diese Wohnanlage liegt in *Windach*, in der Nähe der Stadt *Landsberg am Lech*, mitten im Ort. Es gab ein leerstehendes Gemeindehaus neben der Kirche (weißes Haus links am Bild). Dieses wurde von der *MARO Genossenschaft für selbstbestimmtes und nachbarschaftliches Wohnen eG*, einer Baugenossenschaft in Oberbayern errichtet, die vor allem im ländlichen Raum bei neuen Wohnprojekte aktiv ist. Der Entwurf sah 16 barrierefreie Wohnungen vor. Drei befanden sich im alten Gebäude, das grundständig saniert wurde und 12 in dem neuen Anbau und dazwischen eine Gemeinschaftswohnung, in der die Besprechungen, Versammlungen und Feste stattfinden. Dort können auch einmal Gäste übernachten. Hier ging die Initiative vor allem vom Bürgermeister aus, der sich überlegt hat, wie er Wohnungen im Dorfmittelpunkt schaffen kann, die barrierefrei sind. Dadurch gibt es auch die Möglichkeit für Menschen aus größeren Häusern am Ortsrand in die Ortsmitte zu ziehen. Die Häuser die leer werden, könnten an jüngere Familien vermietet werden, die vielleicht auch Lust haben einen Garten zu versorgen. Die Anlage wurde dort mit den Bewohnern zusammen so geplant, dass die späteren Nutzer sich in der Anlage mehrfach über Laubengänge, im Garten und in der Gemeinschaftswohnung begegnen können. Das ist ein Merkmal dieser neuen Wohnform. Man trifft sich einmal im Monat, bespricht alle anstehenden Probleme und versucht diese zu lösen. Wenn es ganz schwierig wird, dann gibt es noch den Rückgriff auf die *MARO Genossenschaft*.

Solche neuen Wohnkomplexe im Dorf bieten die Möglichkeit, dass die Menschen selbst an einem Projekt mitorganisieren und planen können. Es ist wichtig, dass sie von vorne herein eingebunden sind in die Entscheidungsfindung darüber, wie sie wohnen möchten und was dabei notwendig ist. Auf jeden Fall muss es barrierefrei sein und es muss in der Nachbarschaft verbindliche Angebote an Fahrdiensten geben. Möglich sind gegenseitige Hilfe beim Einkaufen oder Einkaufsgemeinschaften. Wenn es nötig ist, eine Haushaltshilfe einzubinden, dann kann diese gleich für mehrere Wohneinheiten genutzt werden, bis hin zum Pflegedienst, der für zwei oder drei Ansprechpersonen kommen kann. Die Idee ist, dass jeder eine eigene abgeschlossene Wohnung hat. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung Individualisierung, der in den letzten 50 Jahren vollzogen wurde. Keiner möchte heute nur ein Zimmer in einer Gruppe haben, wo er die Küche mit anderen teilen muss. Es sollen abgeschlossene Wohnungen sein, in die man sich zurückziehen kann, wenn man abends Ruhe möchte. Aber es muss auch die Möglichkeit geben, bereits im Haus Kontakte zu haben, das gilt auch für junge Familien. Entscheidend ist es Vereinbarungen abschließen zu können, Dienste gegenseitig zu übernehmen und zwar unabhängig von den Familienbindungen. Es geht nicht darum, auf die Familienbindungen zu bauen, die immer mehr bröckeln, sondern es geht darum, die Nachbarschaft noch einmal neu zu thematisieren, also nicht im Sinne von „jeder auf seinem Hof“ und „ich bin besser als der Nachbar“, sondern im Sinne von viel mehr Zusammenarbeit. Gegenseitige Hilfe war ja lange Zeit in Dörfern sehr selbstverständlich möglich, aber immer auch auf dieser Grundlage von „jeder lebt auf seiner eigenen Insel“, diese Insel schrumpft jetzt ein wenig auf die Wohnung, aber es bleibt eine Wohnung. Das Wiederaufleben von nachbarschaftlichen Strukturen und sich auf die Verlässlichkeit einer Gemeinschaft ist eigentlich ein Anknüpfen an alte Traditionen.

In *Enzklösterle* im Nordschwarzwald hat eine Gruppe ein ehemaliges Hotel gekauft und umgestaltet. Hier geht es um 16 barrierefrei zugängliche Wohneinheiten mit einem Aufzug in der Mitte. Auch innerhalb der Wohnungen ist alles barrierefrei angelegt mit verbreiterten Türen für Rollstühle usw. Jede Wohnung hat einen Balkon. Die Anlage war vormals ein Hotel aus den 1970er Jahren, welches stark umgebaut wurde. Das hat dadurch einiges gekostet und wird von den heutigen Nutzern, nachdem es zuerst als Kommanditgesellschaft(KG) organisiert worden ist, nun als Wohnungseigentümergeinschaft betrieben. D.h. die Leute leben jeweils in einer Eigentumswohnung. Manche Eigentümer vermieten die Wohnung auch. Das Dorf *Enzklösterle* besteht aus 1.200 Einwohnern und die neue generationenübergreifende Gemeinschaft bietet einen großen Garten rund ums Haus. *Enzklösterle* ist ein ländlicher, sehr naturbelassener Ort, der relativ weit, ungefähr 30 Kilometer, vom nächstgrößeren Ort entfernt ist.

Abbildung 4: *Enzklösterle, Nordschwarzwald*



Quelle: Wonneberger

Der letzte Arzt ist soeben weggegangen. Die Infrastruktur bröckelt auch. Es gibt aber noch eine Apotheke.

Daher ist es wichtig Fahrgemeinschaften zum Arzt zu bilden. Dies ist in solchen Wohnanlagen möglich, wenn alle im Gespräch sind und wenn man von Anfang an darauf aus ist, mit möglichst viel Gemeinschaft zu agieren.

Im dörflichen Bereich kann so ein Projekt anknüpfen an die traditionell hohe Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe. Es gibt interessanterweise zunehmend eine Sehnsucht nach mehr Miteinander im Alltag, gegenseitige Hilfen, Kinder- und Alten-Versorgungen, Freizeitgestaltung - auch wenn die Familie weit weg wohnt und das, obwohl wir in einer Zeit leben, in der sich die beruflichen Interessen stark in Richtung Individualisierung und Differenzierung entwickeln. Meine These lautet, dass beide Anlagen in uns praktisch gleichzeitig vorhanden sind. Wir wollen uns differenzieren, wir wollen uns unterscheiden von anderen und wir wollen zeigen, dass wir ganz besonders gut sind. Gleichzeitig wollen wir aber auch nicht ganz alleine durchs Leben gehen, sondern durchaus in Gemeinschaft mit anderen. Und das möglichst in einer gemeinschaftsorientierten Wohnanlage, und zwar auch in Zeiten, in denen wir alleine in der Wohnung leben. Man möchte nicht dauernd die familiäre Kontrolle haben, sondern sagen könne, was ich mit den anderen machen möchte und was nicht. Dieses Interesse gibt es auch bei jungen Menschen, die gerade stark im Beruf eingebunden sind und dann am Abend oft erst um acht Uhr heimkommen und alleine in ihre Wohnung müssen. Diese sind froh in einer Anlage zu wohnen, wo sie vielleicht schon im Gang jemand treffen, der sagt *„ach kommst Du noch auf ein Bier?“* oder *„wir treffen uns heute im Gemeinschaftsraum und machen dieses und jenes“*. Es gibt die Möglichkeit zur Begegnung, es gibt aber auch die Möglichkeit, dass man dann sagt *„nein, für heute bin ich so platt und kaputt, ich will keinen mehr sehen.“* Trotzdem gibt es ein Angebot an Gemeinschaftlichkeit, das auch alleine lebenden und gestressten jungen Leuten, die im Beruf sehr gefordert sind, guttut. Deshalb gibt es hier diesen „Boom“. In Städten wie München wird das genossenschaftliche Bauen von der Stadt inzwischen stark unterstützt. Die neu entstandenen Baugenossenschaften haben eine starke Nachfrage, lange Wartelisten. Das ist im Stadtbereich München wichtig, weil es dort eine extreme Mietexplosion gibt.

Interesse und Sehnsucht am gemeinschaftlichen Handeln gibt es sowohl im Bereich der jungen Familien wie der älteren Menschen. Etwas das das Dorf von der Stadt unterscheidet ist, dass man sich in der Nachbarschaft über lange Zeit kennt und dass man relativ leicht an nachbarschaftliche Kontakte wieder anknüpfen kann. Worauf es aber ankommt ist, dass es dabei um eine neue und lose Organisation in Selbsthilfe geht, ohne kirchliche Unterstützung und bürokratischen Apparat. Den Bürgermeistern und Verantwortungsträgern in den Gemeinden empfehle ich, Wohnprojekte selbst zu machen egal in welcher Organisationsform. Man könnte im Dorf eine Bürgerversammlung oder einen Workshop zu einem solchen gemeinschaftlichen Wohnprojekt organisieren. Da kann man den Bedarf ermitteln und die Leute selber planen und entscheiden lassen, was für eine Art von Wohnen sie wollen. Man kann auch die Rechtsform jeweils bestimmen, d.h. ob das eine Genossenschaft werden soll oder ein Verein bleiben, oder ob das die Gemeinde überhaupt in Eigenregie machen will. Manchmal gibt es schon einen Nachbarschaftshilfeverein im Dorf, mit dem man das zusammen planen oder wo man Synergieeffekte nutzen könnte. Denn solche Gemeinschaften könnten dann später Möglichkeiten für Carsharing, Fahrgemeinschaften, abwechselnde Mittagstische, Tauschbörsen, zeitliche Hilfen bei der Betreuung von Kindern und Kranken usw. bieten.

Abbildung 5: Gemeinschaftswohnen in Freiburg im Breisgau



Quelle: Wonneberger

Das ist ein Bild von einem Gemeinschaftswohnprojekt in einer Siedlung in Freiburg im Breisgau mit Café. Cafés öffnen die Wohnanlage ins Quartier. Menschen aus dem ganzen Quartier können dorthin kommen, ihre Besprechungen abhalten oder sich treffen. Dieses Café liegt am Hauptplatz im Viertel *Vauban* in Freiburg im Breisgau. Hier findet wenig Durchgangsverkehr statt. Dieses Viertel ist mehr oder weniger autofrei. Das hat die Auswirkung, dass auf diesem Platz Menschen mit Rollator zum Café hinüberstürmen, gleichzeitig Frauen mit Kinderwagen hinüberfahren und Jugendlichen mit ihrem Skatboard üben. Es ist beeindruckend, wie in diesem Viertel Leben ohne Autoverkehr möglich ist und damit auch eine angstfreie Überquerung des Platzes.

### III. Definition der neuen Wohnform Gemeinschaftswohnen

Zusammenfassend soll eine Definition von Gemeinschaftswohnen als neue Wohnform gegeben werden. Diese lässt sich folgendermaßen definieren:

- *Abgeschlossene Wohnungen* für verschiedene Familiensituationen in verschiedenen Größen
- *Gemeinschaftsräume*: manche Gruppen planen einen Raum für Versammlungen mit oder eine zusätzliche Gästewohnung. Beides wird entweder schon von der Gruppemitfinanziert, als miteingerechnete Gemeinschaftsflächen, die auf alle Wohnungen umgelegt werden. In der Regel sind alle Räume barrierefrei und klimaeffizient.
- *Inklusiv möglich*: In größeren Wohngenossenschaften, wie z.B. in Karlsruhe und Freiburg im Breisgau, mit 70, 80 oder 90 Wohnungen, aber auch in einer kleineren Gemeinde bei Ulm mit 70 Wohnungen in der Dorfmitte, ist es durchaus möglich, eine Seniorenwohngemeinschaft mit hinein zu planen. Das ist eine neue Form vom Altersheim wegzukommen und trotzdem noch in einer solchen Anlage mit dabei zu sein. Die Idee ist, dass ungefähr zwölf Menschen zusammen in einer Wohnung leben, jeder hat ein Zimmer, es wird gemeinsam gekocht, manchmal wird jemand für das Kochen für alle angestellt, sodass nicht jeder für sein Essen auf Rädern sorgen muss. Man isst zusammen in einem Gemeinschaftsraum. Ansonsten hat jeder sein Zimmer wie in einem Altersheim auch. Der Vorteil ist, dass es ganz kleine Einheiten sind, die aber nicht von einer Altersheimverwaltung betrieben werden. Jeder kann dann selber entscheiden, ob er z.B. vom *Malteser Hilfsdienst*, vom *Roten Kreuz* oder irgendeiner anderen Pflegeeinrichtung betreut werden möchte. Sie sind nicht an einen bestimmten Pflegedienst gebunden, der die Einrichtung betreibt.
- *Prinzip der Selbstorganisation* führt zu hoher Zufriedenheit und hoher Kontinuität der BewohnerInnen. Die BewohnerInnen identifizieren sich mit ihrer Anlage, mit ihren Gebäuden

und dem Wohnumfeld im Quartier, weil sie es selber verwalten und diese oft auch schon geplant haben.

- *Regeln des Miteinander werden von der Gruppe entwickelt.* Es geht um die Frage der Verbindlichkeit, d.h. wie weit sie miteinander gehen z.B. bei der Betreuung von Kranken gehen wollen. Manche Gruppen beschließen, dass sie nur im leichten Krankheitsfall betreuen wollen, sonst muss ein Pflegedienst kommen. Andere Gruppen gehen sehr weit bis hin zum Hospiz. Alles vorher wird innerhalb der Gruppe durchgeführt. Das kann die Gruppe alles selber entscheiden und bestimmen. Da gibt es keinen bürokratischen Überbau, der entscheidet, dass hier nur Leute hereinkommen, die sich so oder so verhalten.

#### IV. Weitere Beispiele

Der *Schwanenhof in Eichstetten im Breisgau* als Mehrgenerationenhaus und Zentrum für soziale Hilfe und Begegnung zeigt, wie eine Eigeninitiative in einer kleinen Gemeinde funktionieren kann. In dem kleinen Dorf ist der Bürgermeister 1998 in Vorleistung gegangen und hat einen alten, leerstehenden Gasthof in der Dorfmitte in 16 barrierefreie betreute Wohnungen umgestaltet. Bis zum zweiten Stock gibt es eine Rampe. Da kein Aufzug eingebaut werden konnte, sind die Wohnungen im dritten Stock nicht barrierefrei. In diesen beiden Wohnungen wohnen zwei junge Familien. Im Erdgeschoß gibt es Geschäfte, eine Winzergenossenschaft, eine Sparkasse und ein Café.

Abbildung 6: Mehrgenerationenhaus Schwanenhof in Eichstetten

### Schwanenhof in Eichstetten Zentrum für soziale Hilfe und Begegnung „Mehrgenerationenhaus“



Einweihung 1998

- 16 barrierefreie betreute Wohnungen
- 2 Wohnungen für junge Familien/ Paare
- Gemeinschaftsräume
- Bürgerbüro
- im Erdgeschoß:  
Geschäfte, Sparkasse,  
cafe mitnander und  
Winzergenossenschaft

Umnutzung leerstehender Bausubstanz in der Ortsmitte

G. Kiechle 4.12.2012

Quelle: Wonneberger

Dieses Wohnprojekt liegt in der Ortsmitte. Die Lage ist auch für dörfliche Veranstaltungen sehr attraktiv. Der Bürgermeister hatte außerdem von Anfang an einen Nachbarschaftshilfe-Pflegeverein ins Leben gerufen. Hier werden Kranke im Ort und in diesem Haus gepflegt. Dieses Beispiel ist ein Pionierprojekt von 1998 in diesem Bereich.

Es gibt viele Dörfer, wo die Ortsmitte verwaist ist, weil die Schule, das Gasthaus, das Gemeindehaus usw. geschlossen wurden. Das wären Gebäude, die man umnutzen könnte. Wichtig ist ein Initiator, wie z.B. ein Bürgermeister, dem es gelingt für eine gute Idee über Bürgerversammlungen usw. Mitstreiter zu finden.

Das nächste Beispiel zeigt eine Gemeinschafts-Wohninitiative in *Burgrieden bei Laupheim* in der Nähe von Ulm. Die Gemeinde *Burgrieden* hat etwa 3.700 Einwohner. Dort wurden drei Gebäude mit 74 Wohnungen in der Ortsmitte neu errichtet. Die letzte Wohnung wurde dieses Jahr bezogen. Diese gemeinschaftliche Wohnanlage wird sowohl von SeniorInnen, aber auch von jüngeren Familien mit Kindern bewohnt. Auch

hier ist ein Café angeschlossen. Es gibt dort ein Büro für den Nachbarschaftshilfeverein und ein Büro für die Verwaltung.

Abbildung 7: Burgrieden bei Laupheim



Quelle: Wonneberger

Die besondere Ausgangssituation war hier, dass der Bürgermeister sich stark für das Projekt einsetzte. Er hatte sich bereits seit 2014 Experten zur Beratung ins Dorf geholt, die ihn bis hin zu Vorschlägen in der Bauplanung unterstützten. Diese Vorschläge wurden dann gemeinsam mit den Dorfbewohnern besprochen. Die Gemeinde ist zusammen mit ihrer Bürgerstiftung in Vorleistung gegangen. Das Projekt wurde ohne Kredite von Banken verwirklicht. Die Grundstücke mussten nicht sofort bezahlt werden, da sie der Gemeinde gehörten. Diese Bezahlung wurde ca. bis ins Jahr 2020 gestundet. Man begann zunächst mit dem ersten Bauabschnitt. Die Bürgerstiftung ging in Vorleistung (mehrere Hunderttausend Euro) und hat den ersten Bauabschnitt überwiegend alleine finanziert. Durch den Verkauf und die Vermietung der ersten realisierten Wohnungen ist wieder Geld hereingeflossen. Inzwischen sind alle 74 Wohnungen belegt. Das Projekt hatte sich gerechnet. Andere Bürgermeister, die immer wieder zu Besichtigungen und Exkursionen dorthin kommen, sind natürlich oft bass erstaunt und meinen „wie konntet Ihr das wagen?“ oder „das Risiko hätte ich nie in kaufgenommen“. Aber es geht. Man muss sagen, dass es ein schwieriger Schritt von dem Moment ist, wo man die Gruppe den Plan, die Konzeption für so ein Vorhaben hat, bis hin zu dem, dass der erste Bauabschnitt auch finanziell gesichert ist. Es geht auch mit der Finanzierung über Banken. In Deutschland gibt es die *Gemeinschaftsbank Leihen und Schenken (GLS Bank)* in Bochum, die stark in solche Wohnprojekte hineingehen. Weiters gibt es von manchen Bundesländern diverse Förderzuschüsse für Sanierung und klimaeffizientes Bauen usw.

## V. Organisationsformen

Bei den Neuen Wohnformen gibt es verschiedene Organisationsformen, die sich im Wesentlichen um drei Rechtsformen herumgruppieren:

- *Mietvereine*: häufig sind das Projekte mit älteren Menschen, die sich nicht mehr ins Eigentum stürzen wollen. Beispielsweise treten 15 Personen als Verein an eine Genossenschaft oder gemeinnützige Bauorganisation heran und schließen einen günstigen Mietvertrag auf 20 Jahre. Die 15 Wohnungen werden vom Verein angemietet. Es wird garantiert, wenn jemand auszieht oder wegstirbt, der Verein einen Nachfolger sucht, sodass der Bauträger kein Risiko hat. Der Bauträger hat die Garantie, dass er über einen bestimmten Zeitraum seine Miete erhält. Die Höhe

der Miete ist Verhandlungssache. Der Mietverein hat die Gewissheit der Unkündbarkeit in diesem Verhältnis.

- *Baugemeinschaften*: sind Eigentümergemeinschaften, die es in verschiedenen Ausprägungen gibt, z.B. im Beispiel *Enzklösterle*. In der Regel sind das Gruppen, die am Anfang schon sehr viel gemeinsam gestalten, planen und sich dadurch gut kennenlernen. Über diesen Prozess des sich miteinander Abstimmens, Planens und meist auch der Mitfinanzierung eines Gemeinschaftsraums entsteht durchaus auch eine verlässliche Gemeinschaft.
- *Genossenschaften*: hier geht es nicht um die alten Wohnungsgenossenschaften, die ja bereits vor 150 Jahren entstanden sind und die in der Regel zumindest in Deutschland heutzutage eigentlich wie normale Bauträger fungieren. Das Erkennungszeichen der neuen Wohngenossenschaften ist, dass sie von selbstverwalteten Gemeinschaftswohnanlagen ausgehen. Die späteren Nutzer planen von Anfang an mit und gestalten von Anfang an mit. Jeder, der Mitglied ist, hat ein Stimm-Recht unabhängig davon wie viele finanzielle Anteile er gekauft hat. Er entscheidet bei den Mitgliederversammlungen mit. In der Regel sind diese Genossenschaften nicht so groß, dass man noch miteinander reden kann.

Gerade in kleineren Gemeinden entsteht in der Regel eine *Kooperation*, z.B. zwischen der Gemeinde, einer Bürgerstiftung und der Nutzergruppe, oder Gemeinde, Nutzergruppe und Architekten bzw. Gemeinde, Nutzergruppe und moderierender Beratungsstelle. Es setzen sich dabei mehrere Parteien zusammen und entscheiden, wie das Wohnprojekt im Ort gestaltet werden soll.

Wohngruppen ermöglichen der Gemeinde neue Perspektiven für die Dorfentwicklung, für die Umnutzung leerer Gebäude in der Dorfmitte und zwar nicht mit der Familie als Mittelpunkt, sondern mit gleichgesinnten Menschen, die Interesse an einer Gemeinschaft haben.

## VI. Thesen und Stand der Untersuchung 2017

Die Recherchen 2017 ergaben, dass die einzelnen Beispiele sehr unterschiedlich sind. Es gibt Gemeinden, die neue Wohnformen forciert haben, es gibt private Initiativgruppen, es gibt Orte, die erst einmal lange mit einer Beratungsstelle oder einem Verein für gemeinschaftliches Wohnen kooperiert haben.

Abbildung 8: Edenkoben in der Pfalz



Quelle: Wonneberger

Bei einem Wohnprojekt in *Edenkoben* in Rheinland-Pfalz soll eine alte, leerstehende Schule umgebaut werden. Eine Schule ist nicht ideal für Wohnungen, also muss hier sehr viel umgestaltet werden, damit das einzelne Wohnungen werden. Das Gebäude hat jedoch an sich eine gute Bausubstanz. Die private Wohngruppe steht in Schirmherrschaft der Gemeinde mit der *Beratungsstelle für gemeinschaftliches Wohnen*

in Karlsruhe.

Zwei weitere Beispiele für eine Organisation mit anderen Gruppen sollen vorgestellt werden. Das Bild links zeigt eine reine Seniorengruppe von Mietern in *Lindau*. Diese wollen sich nicht mehr mit Kindern umgeben, denn sie hätten in ihrem Leben genug Kindergeschrei gehabt. Sie wollen unter sich alleine, still und gemütlich alt werden, Kartenspielen können usw. Diese haben als Verein mit 15 Personen bei einem gemeinnützigen Bauträger gemietet. Diese Wohnungen werden immer wieder belegt und auch bezahlt, wenn jemand auszieht. Der Bauträger braucht sich darum nicht zu kümmern.

Abbildung 9: Beispiele der Organisation mit anderen Gruppen in Lindau und Karlsruhe



Quelle: Wonneberger

Das rechte Bild ist von einer Wohngenossenschaft in *Karlsruhe* mit Kindern und Jugendlichen, welche als Mehrgenerationenprojekt funktioniert. Hier ist natürlich eine andere Dynamik, eine andere Energie zu spüren. Da finden dann eben auch viele Aktivitäten statt, wie „wir bauen unseren Garten“, „wir pflanzen einen Baum“, „wir machen einen Ausflug“ oder „wir gehen Bergsteigen“. Also, hier sind ganz andere Angebote vorhanden. In der Regel haben die dann entweder alle vier Wochen ihre Besprechung, wo das alles kommuniziert wird oder sie haben schwarze Bretter an den Häusern, wo z.B. steht „ich suche für Samstag jemanden, der mit mir Wandern geht“ oder „wer möchte eine Singgruppe bilden?“ usw. Also, die Kommunikation funktioniert in den Gruppen.

Was können solche Neue Wohnprojekte bringen? Zum einen zeigt sich eine hohe *Zufriedenheit* der BewohnerInnen und eine hohe *Kontinuität*. Bei diesen Gruppen, die in Tübingen und Freiburg im Breisgau schon länger in solchen Einrichtungen oder selbstorganisierten Gemeinschaften wohnen, gibt es wenig Wechsel. Die meisten sind sehr zufrieden, da sie die Möglichkeit haben, über die gemeinsamen Hausbesprechungen und Mitgliederversammlungen ihre Kritik anzubringen, um etwas zu verändern.

Was interessant ist, dass sich die Gruppe oft *ins Quartier öffnet*. Sie betreiben z.B. Cafés, die in die Wohnumgebung hineinwirken oder einen Mittagstisch, wo Leute aus der Umgebung dazukommen können, bis hin, wenn sie anfangen Kinderbetreuung zu betreiben, dass diese auch den NachbarInnen offensteht. In *Kempten* gibt es eine Gruppe, die sich *Integriertes Wohnen Kempten* nennt. Diese verfügen über einen Raum für eine Kurzzeitpflege von psychisch Kranken, sodass Menschen, die ihre Angehörigen, die sie daheim pflegen, die vielleicht eine seelische Behinderung oder eine psychische Krankheit haben, einmal für ein paar Tage in die Tagespflege bringen können, oder tagsüber ein paar Stunden und dann nachts wieder heimholen. Dieses Modell ist in die Wohnanlage als Extrawohnung integriert. Die Organisation übernimmt ein psychiatrischer Pflegeverein. So etwas ist möglich, wenn die Anlage von Anfang an das mit hineindenkt. Es gibt Gruppen, die denken Wohnen für Behinderte mit hinein. Es gibt Gruppen, die denken Wohnen für Sozialhilfeempfänger mit hinein. Dann steigt meistens die Gemeinde ein und finanziert eine Wohnung mit, die sie speziell mit Wohngeldempfängern belegen

möchte. Diese Wohnungen können dann nicht frei vermietet werden, sondern müssen in diesem niedrigen Mietsegment bleiben. Diese verschiedenen Möglichkeiten bieten sich hier an.

Für die Dörfer ist das ein Anknüpfen an die Selbsthilfetradition im Dorf. Man kann Gemeinschaften mit entstehen lassen mit bürgerschaftlichem Engagement, d.h. mit Solidarität, ohne dass man dann sehr viel Geld an einen Bauträger zahlen muss, sondern zunächst organisiert sich die Gruppe und überlegt, wie sie es haben wollen. Man fördert dadurch den Quartierbezug in der Nachbarschaft und letztlich auch die Dorfentwicklung, weil mittlerweile ganz oft in kleinen Dörfern zentrale Gebäude in der Dorfmitte leer stehen, die man neu beleben und einbinden könnte. Interessanterweise kommt es sehr oft vor, dass in Dörfern, aber auch in kleinen Städten, wo ein Projekt in dieser Richtung zugange ist, dann plötzlich der nächste Bauträger auch so etwas anbietet. Dann gibt es dann z.B. eine „Wohninsel für Jung und Alt“. Diese lassen sich dann von diesen Ideen inspirieren. Wie weit es dabei auch um Mitgestaltung geht, bleibt offen.

Bekanntlich sind nur äußerst wenige Altbauwohnungen oder überhaupt des Wohnungsbestandes in den Städten barrierefrei. Die Tatsache, dass man mittlerweile immer davon spricht, dass Neubau barrierefrei sein muss, hat sich nun auch bei den Bauträgern herumgesprochen. Auch da geben diese selbstorganisierten und nutzerzentrierten Wohnprojekte einen starken Impuls. Denn wenn die Nutzer mitsprechen dürfen, dann wird ganz anders gebaut, als wenn jemand am schwarzen Brett entwirft, weil er so ein toller Architekt ist.

Wichtig in Dörfern ist vor allem die *Rolle des Bürgermeisters*. Diese ist ausschlaggebend. In *Edenkoben* hat zwar der Bürgermeister zwar nicht mitfinanziert, aber die Schirmherrschaft übernommen. Das ist symbolisch, hat aber trotzdem der Gruppe Zulauf und Legitimation gebracht. In kleineren Gemeinden muss es eine Kooperation von verschiedenen Gruppen geben. Eine Gruppe alleine kämpft gegen Windmühlen. Neben den Personen, die an einer solchen Wohnform Interesse haben sollte es weitere Mitwirkende geben aus der Gemeindeverwaltung und einem Pflegeverein zur Unterstützung.

Abbildung 10: Beispiel für eine ansprechende Gestaltung



Quelle: Wonneberger

Im Gegensatz zu dem am Anfang gezeigten Wohnprojekt in *Windach* (Abbildung 3), wo die BewohnerInnen erst vor Kurzem eingezogen sind und das Gebäude sehr neutral und einfach aussieht, ohne dass schon viel auf Schönheit Wert gelegt wurde, haben bei diesem Wohnprojekt (Abbildung 10), das bereits seit 15 Jahren besteht, die BewohnerInnen sehr viele Ideen an Grüngestaltung und einem schönen Ambiente verschwendet haben. Dies ist vor allem die Regel, wenn diese in einer Gemeinschaft zusammenwohnen und mitgestalten können.

Das folgende Beispiel einer Gewerbezeile in *Tübingen* zeigt, dass es gut möglich ist, dass im Erdgeschoß

Läden sind. Das kann für jedes Dorf eine Belebung sein, wenn unten eine Apotheke, eine Zahnarztpraxis usw. und darüber die Wohnungen sind. Dadurch könnten verschiedene Angebote, die fehlen, neu kombiniert werden und dann vielleicht auch für MitarbeiterInnen des Gesundheitswesens, die den ländlichen Raum schätzen, aber auch ein wenig modernere Wohnverhältnisse wollen, attraktiv sind.

Abbildung 11: Gewerbezeile in Tübingen



Quelle: Wonneberger

### Diskussion

**Vogt:** Mich würde interessieren, ob es in Österreich eine ähnliche Entwicklung gibt? Ich möchte selber ein Projekt machen. Ist in Österreich schon eine Begleitung auf dem Weg oder muss man wirklich nach Deutschland reisen, um sich eine Begleitung zu holen? Das gilt gerade für den ländlichen Raum, in der Stadt ist das, glaube ich, ganz anders geartet. Am Land ist da noch ziemliche Ebbe.

**Wonneberger:** Ehrlich gesagt, das weiß ich nicht. Ich möchte mir heute am Nachmittag ein Wohnprojekt anschauen. Vielleicht können die mir mitteilen, was es in Österreich auf dem Lande genau gibt. Ich bin mir aber sicher, dass es Projekte gibt, weil dieser Sektor boomt. Es ist auch für Architekten zunehmend interessant für gemeinschaftliche Wohnprojekte zu planen und zu bauen. In *Freiburg im Breisgau* hat sich z.B. eine Professionalisierung entwickelt in Richtung Projektsteuerung von Gemeinschaftswohnen. Also es gibt Architekten, die in diese Richtung arbeiten. Ich war im *Wallgau* in Österreich von einer Regionalplanung eingeladen. Dort war man noch auf der Suche. Ich denke, dass es rund um Wien sicher etwas gibt. In Deutschland gibt es eine bundesweite Organisation das *FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V.* ([www.verein.fgw-ev.de](http://www.verein.fgw-ev.de)), die Vernetzungen machen. Dieses könnte man auch anfragen, welche Partnerprojekte es in Österreich gibt.

**Hancvencl:** Diese Idee des gemeinschaftlichen Wohnens, wo ich immer ein Skeptiker war und bin, ist ja relativ alt. Das hat es ja schon früher gegeben. In Mödling hat sich eine Wohngemeinschaft der ehemaligen Seminaristen gebildet, d.h. von Priestern, die geheiratet haben. Das hat am Anfang wunderbar funktioniert, ist aber jetzt nach ca. 50 Jahren in eine Phase getreten, wo das Ganze nicht mehr angenehm ist. Ich würde Ihre Begeisterung für gemeinsames Wohnen im Alter teilen, wäre ich jung, dann wäre es aber nicht Meines, weil ich meine, dass sich die Familien entwickeln. Eine gewisse linke Ideologie muss man auch haben. In Wien gibt es die *Sargfabrik* ([www.sargfabrik.at](http://www.sargfabrik.at)). Ich schaue dort manchmal vorbei und bin froh dort nicht zu wohnen und belästigt zu werden von irgendwelchen Angeboten, wo ich praktisch gezwungen werde teilzunehmen, obwohl ich das gar nicht möchte. Meine Frau allerdings ist von Ihrer Idee total begeistert, gerade für die alten Leute. Ich glaube nur, dass das auch eine Frage des Reichtums und der Mentalität ist. Das geht vielleicht in Süddeutschland. Ich kann mir aber nicht

vorstellen, dass so etwas in den Neuen Bundesländern geht. Ich komme aus Tschechien, da ist ein Rückzug nach dem eigenen Heim feststellbar, weg von der Gemeinschaft. Es gibt sehr viel Neokapitalismus und Neid. Bei uns im Dorf würde das nicht funktionieren. Die würden sich am liebsten gegenseitig umbringen, weil der andere mehr hat.

**Wonneberger:** Doch, in den Neuen Bundesländern gibt es viele Gruppen.

**Stumpf:** In Österreich gibt es einige Wohnprojekte. Ich bin selber an gemeinschaftlichen Wohnprojekten interessiert, war selber schon bei zwei in der Planungsphase dabei. In Wien gibt es sehr viele Projekte. Ich kenne aber auch Wohnprojekte in Niederösterreich, z.B. das *LebensGut Miteinander* in *Rohrbach an der Gölsen* ([www.lebensgutmiteinander.com](http://www.lebensgutmiteinander.com)) oder das Projekt *Cohousing Pomali - Leben in Gemeinschaft* ([www.pomali.at](http://www.pomali.at)) in *Wölbling* in der Nähe von Krems an der Donau. Aber auch in *Fehring* in der Steiermark gibt es mit *Leben in Gemeinschaft* ([www.lebeningemeinschaft.jimdo.com](http://www.lebeningemeinschaft.jimdo.com)) ein Wohnprojekt. Auch in Oberösterreich dürfte ein Projekt entstehen. Mich würden *ländliche Hofgemeinschaften* in Deutschland interessieren. Ich weiß nicht, ob diese bei Ihrer Arbeit Eingang gefunden haben. Vielleicht gibt es da auch Vernetzungen mit Österreich.

**Wonneberger:** Ich kenne keine Gruppen, die 50 Jahre zusammenwohnen. Ich wäre auch ein bisschen skeptisch, wenn diese ideologisch stark gebunden sind, wobei religiös meiner Meinung nach auch in diese Richtung fällt. Wie sich diese auf die Dauer entwickeln, weiß ich nicht. Bei jenen Projekten, die ich in *Freiburg im Breisgau* und in *Tübingen* besucht habe, wo die Leute schon seit 2000 in den Wohnungen wohnen, da habe ich das Gefühl, dass es eine hohe Kontinuität und eine hohe Identifizierung mit den Gebäuden gibt und wenig Streit und Wegzug. Es mag an den Leuten liegen. Das habe ich jetzt nicht groß betont. Aber es ist tatsächlich in der Regel so, dass bei jenen Gruppen, die sich neu finden und die nicht ideologisch gebunden sind, diese ein, zwei Jahre Vorlauf haben, wo sie sich einander kennenlernen, miteinander reden und Ausflüge machen und wo die wegbleiben, die sagen, dass das für sie nichts wäre. Es ist tatsächlich so, dass das für Leute, die sehr eigen sind, die eigentlich alles so machen wollen, wie sie es wollen und die immer Recht haben, keine Option ist. Es geht eigentlich nur für Leute, die Interesse haben, Kompromissbereitschaft und die Fähigkeit, in Konflikten auch einmal nachzugeben. Die meisten Leuten, die sich in solchen Gruppen selbst finden, die lernen sich in der ersten Zeit kennen. Ich bin selber in einem Projekt in *Wangen im Allgäu* und ich kann Ihnen berichten, dass in den letzten beiden Jahren viele Leute wieder abgesprungen sind, weil es für sie nicht passte. Inzwischen sind wir aber 60 Mitglieder in der Genossenschaft. Es stimmt schon, dass sich diese Projekte sehr selektiv entwickeln. In den Neuen Bundesländern gibt es tatsächlich viel Dorfentwicklung und auch viel in Richtung Gemeinschaftsinitiativen wie Läden, Nachbarschaftshilfen, Tauschbörsen usw. Bei den Wohnprojekten kenne ich vor allem landwirtschaftliche Wohnprojekte in den Neuen Bundesländern. Dafür gibt es dort genügend Platz und Land. Am bekanntesten ist das Projekt *Ökodorf Sieben Linden* ([www.siebenlinden.org](http://www.siebenlinden.org)) in *Beetzendorf*, Sachsen-Anhalt. In Süddeutschland gibt es im Raum Stuttgart das Projekt *Gemeinschaft Schloss Tempelhof* ([www.schloss-tempelhof.de](http://www.schloss-tempelhof.de)). Neu im Entstehen ist das Projekt *Gemeinschaft Sulzbrunn im Allgäu* ([www.gemeinschaft-sulzbrunn.de](http://www.gemeinschaft-sulzbrunn.de)) bei Kempten. Dort soll Landwirtschaft und Therapie miteinander kombiniert werden. In der Regel sind das größere Gemeinschaften mit ungefähr hundert Leuten, die sich oft auch sehr stark an einer gemeinsamen, zum Teil religiösen Werterhaltung orientieren, wie z.B. „wir meditieren am Morgen jeweils eine halbe Stunde“. Das selektiert dann schon sehr stark bei den Leuten, die da mitarbeiten. Aber sie versuchen durchaus gesundes Leben, Selbstversorgung und möglichst auch noch irgendwelche therapeutische Angebote zu integrieren. Diese können auch ökonomisch existieren, wurden von mir aber nicht untersucht. Häufig sind das sehr esoterisch orientierte Projekte, die sehr eigen sind. Ich wollte Projekte untersuchen, die für jedermann zugänglich sind und wo man nur ein wenig mehr Gemeinschaft haben möchte als in einem anonymen Wohnblock. Ob sich dann eine Yogagruppe entwickelt, bleibt jeder Gruppe selber freigestellt, ist aber nicht zwingend. In unserer Genossenschaft in *Wangen* gibt es überhaupt keine Vorbedingungen in dem Sinn, dass jemand so und so

viele Stunden in der Woche verbindlich irgendetwas bringen müsste, sondern es ist wirklich der Versuch gemeinschaftliches Wohnen zu organisieren. Der Vorteil bei den Genossenschaften ist, dass Sie die Miete am Anfang ausrechnen können und diese bleibt gleich. Es gibt ein lebenslanges Wohnrecht und Sie sind sicher, dass die Spekulationsspirale nicht greift und in fünf Jahren die Mieten um das Doppelte gestiegen sind, wie das in anderen Wohnanlagen inzwischen der Fall ist. Den Ausstieg aus der Spekulationsspirale versuchen diese neuen Genossenschaften zu garantieren. Sie versuchen nur so viel hereinzukriegen, damit sie das Objekt erhalten und Rücklagen bilden können, ohne dabei etwas zu verdienen. Sie sind eine nutzerzentrierte Einrichtung, die keinen Gewinnen für denjenigen abliefern will, die das vorfinanziert hat.

**Holtkamp:** Wir haben heute davon gesprochen, dass diese Wohngemeinschaft auch die Gemeinschaft im Dorf anspricht. Die Gemeinschaft im Dorf ist ja meist relativ stark. Wie wird dann so ein Wohnprojekt vom Dorf getragen?

**Wonneberger:** Das ist in Dörfern sehr undurchschaubar. Es gibt Dörfer, da streiten sich alle bis aufs Blut, obwohl man von außen sagen würde, dass sie doch ähnliche objektive Interessen hätten. Aber nein, sie streiten sich. Bei jenen Dörfern, die mich angefragt haben, da sie so ein Projekt planen, war es in der Regel so, dass es eine Gruppe gab, die so etwas vorhatte. Diese Gruppe tritt an den Bürgermeister heran, der ein Interesse an der Daseinsvorsorge für seine Bürger hat. Dieser überlegt sich, ob es dafür ein Interesse gibt und wie man das verwirklichen könnte. Dann kommt es zu einer Bürgerversammlung. Bürgerversammlung ist ein mögliches Mittel, aber man könnte auch eine Zukunftswerkstatt machen. Jedenfalls macht man eine größere Veranstaltung, wo man versucht das Interesse auszuloten, wo man berichtet, wie es gehen könnte und wo vielleicht auch der Bürgermeister artikuliert, dass er sich das für seine Gemeinde vorstellen könnte, obwohl er es zwar nicht finanziert, aber ideell unterstützt und vielleicht bei den Erschließungskosten für das Gelände entgegenkäme. Das wäre schon einmal viel. Dann halten sich die Kosten in Grenzen und es könnten sich mehr Leute vorstellen, mitzumachen. Es ist schwer von Anfang an aus dem Blauen heraus zu sagen, ob das überhaupt gehen könnte, denn es kommt auch sehr stark darauf an, welche Personen die Initiatoren in einer Gemeinde sind und wie die bekannt sind. Wenn diese sehr schrullig sind und immer schon mit allen verfeindet sind, dann ist das vielleicht nicht so günstig. Aber wenn das jemand ist, der ein bisschen Anerkennung und Wertschätzung im Dorf findet, dann kann es sein, dass sich die Idee wie ein Lauffeuer ausbreitet. Man muss es einfach versuchen.

**Rest:** Solche Projekte gab es bereits in den 1970er Jahren. Ich war damals im Land Salzburg bei der Diskussion selber dabei. Das hat es immer schon gegeben, aber es waren immer Einzelprojekte. Es gab da ein Gemeinschaftsprojekt für etwas über zwanzig junge Familien, die ein Atriumhaus gebaut haben. Später mit der Veränderung der Familienbeziehungen gab es natürlich schon auch Probleme, aber grundsätzlich funktioniert das Projekt immer noch. Sie haben von drei unterschiedlichen rechtlichen Formen gesprochen. Gibt es da auch Musterverträge, an denen sich die Interessenten orientieren könnten?



Das Thema des zweiten Vortrags von *Tatjana Fischer* vom *Institut für Raumplanung, Umweltplanung und Bodenordnung (IRUB)* der Universität für Bodenkultur in Wien lautete: *„Über das Wanderungsverhalten von Personen in der dritten Lebensdekade. Forschungsergebnisse für die LEADER Region Nationalpark Kalkalpen.“* Es geht dabei um Forschungsergebnisse aus dem Jahr 2014 über das Wanderungsverhalten von Menschen zwischen dem 20. und 29. Lebensjahr aus dieser LEADER Region. Die *LEADER Region Nationalpark Kalkalpen* ist im Jahr 2007 aus dem Zusammenschluss von 22 Gemeinden hervorgegangen. Mit einer Fläche von 1.617,73 km<sup>2</sup> ist sie die aktuell größte LEADER Region in Oberösterreich.

**Anmerkung:** Auf Wunsch von Frau Dr. Fischer wurden wegen des sowohl in der Wissenschaft als auch in der Fachöffentlichkeit hitzig diskutierten Themas „Wanderungsverhalten junger Erwachsener“ die auf die Werteebene bezugnehmenden Kommentare der Vortragenden nicht aus dem Transkript entfernt.

## I. Ausgangssituation und Interesse

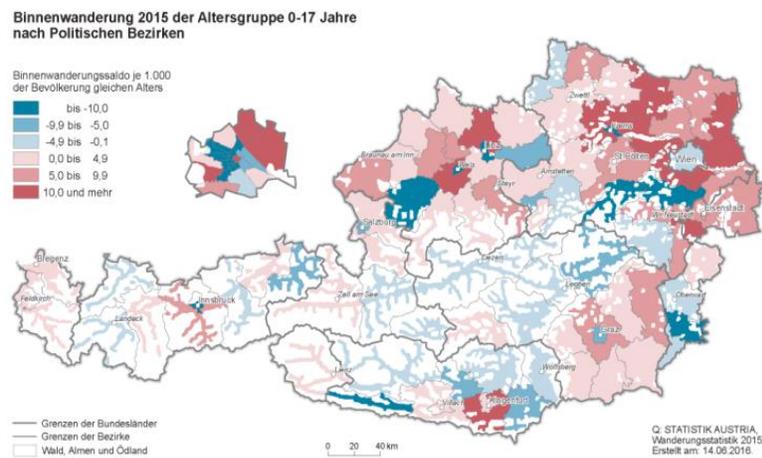
Diese Region ist von unterschiedlich hoher altersselektiver Abwanderung geprägt. Dies bedeutet, dass Personen in unterschiedlichen Lebensphasen in ihrem Lebensverlauf unterschiedlich häufig abwandern, bleiben oder zuziehen. Diese LEADER Region ist mit der Herausforderung der Schrumpfung konfrontiert und sie verliert sehr viel Bevölkerung in der dritten Lebensdekade. Die Region ist zwar landschaftlich schön aber teilräumlich sehr strukturschwach. Zum Glück sind aber die Wege in die Arbeitsmarktzentren, wie z.B. Steyr, relativ kurz.

Nun stellt sich die Frage, warum es zu diesem Bevölkerungsverlust kommt. Das Wanderungsverhalten wird durch emotionale und rationale Aspekte bestimmt.

In dieser Studie ging es darum, konkrete Ansatzpunkte für die Politik zu erarbeiten, der Herausforderung Abwanderung junger Erwachsener zu begegnen, und der Frage auf den Grund zu gehen, was die betroffenen Gemeinden überhaupt leisten können. D. h. es geht auch um die konkrete Zuordnung von Handlungsmaßnahmen auf Planungsebenen.

Wie bereits angesprochen hängen das Wanderungsverhalten und die Lebensphasen zusammen. Wenn wir die folgende Karte der *Statistik Austria* zum Wanderungsverhalten der Personengruppe der 0- bis 17-Jährigen betrachten (vgl. Grafik 1), dann sehen wir, dass viele inneralpine und periphere ländliche Räume Personen in dieser Altersgruppe verlieren. Diese Personengruppe umfasst Kinder ohne Entscheidungskompetenz – sie ziehen mit ihren Familien mit –, sowie Schülerinnen und Schüler, die aus Ausbildungsgründen den Wohnstandort zumindest temporär aus der Heimatgemeinde wegverlegen. Auch sie gehen den betroffenen Gemeinden als HauptwohnsitzerInnen verloren.

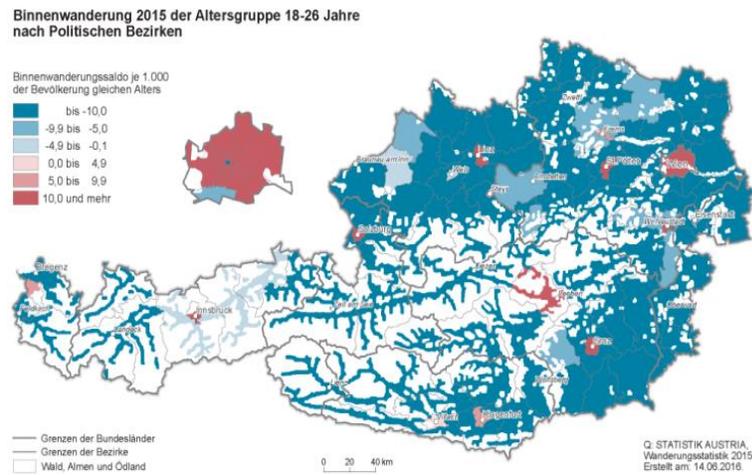
Grafik 1: Binnenwanderung in der Altersgruppe bis 17 Jahre nach politischen Bezirken



Quelle: Statistik Austria Wanderungsbilanz 2015

In der Altersgruppe der 18- bis 26-Jährigen sehen wir, dass mit Ausnahme der großen Arbeits- und Ausbildungszentren wie die Landeshauptstädte, Wien und ausgewählten Standortgemeinden hochrangiger Ausbildungsstätten alle anderen Räume an Bevölkerung verlieren (vgl. Grafik 2). Diese Entwicklung ist nichts Neues. Das gibt es nicht erst seit gestern, sondern schon seit mindestens 50 Jahren, wenn auch nicht in diesem Ausmaß.

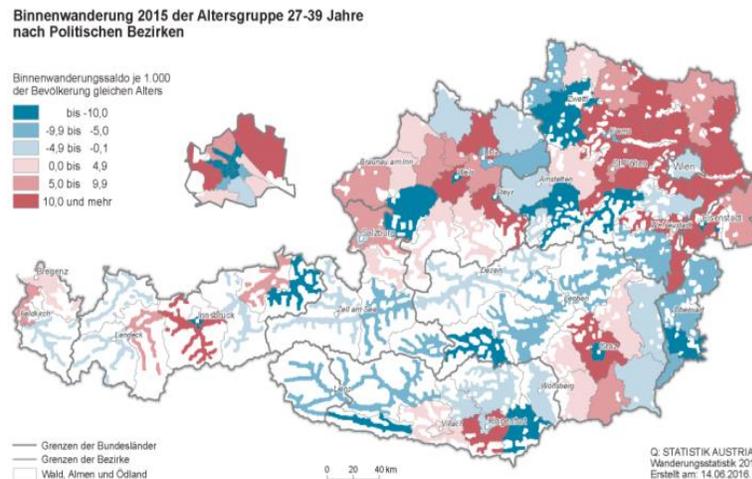
Grafik 2: Binnenwanderung in der Altersgruppe 18 bis 26 Jahre nach politischen Bezirken



Quelle: Statistik Austria Wanderungsbilanz 2015

Bei der Gruppe der 27- bis 39-jährigen zeigt sich schon wieder ein heterogeneres Bild (vgl. Grafik 3). Hierin zeigen sich die personen- und ressourcenbezogenen Unterschiede in der Wohnstandortwahl von Personen, die sich in der beruflichen Etablierungs- und Familiengründungsphase befinden.

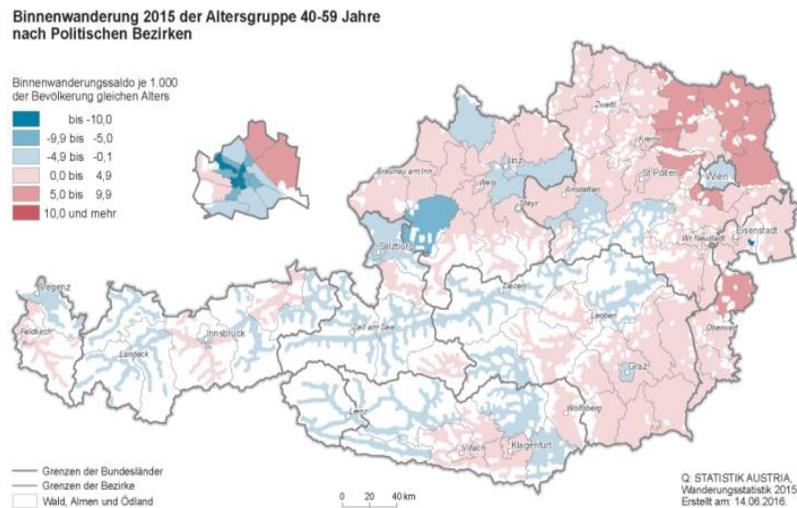
Grafik 3: Binnenwanderung in der Altersgruppe 27 bis 39 Jahre nach politischen Bezirken



Quelle: Statistik Austria Wanderungsbilanz 2015

Die Gruppe der 40- bis 59-jährigen wiederum ist unterschiedlich von den Wechselfällen des Lebens wie Trennung oder Scheidung von der (Ehe-)Partnerin bzw. vom (Ehe-)Partner und/oder der freiwilligen bzw. erzwungenen beruflichen Umorientierung betroffen, die (auch) in (erneuten) Wohnstandortwechseln mündet. Diese sind nicht ausschließlich auf die infrastrukturell attraktiven beschränkt (vgl. Grafik 4).

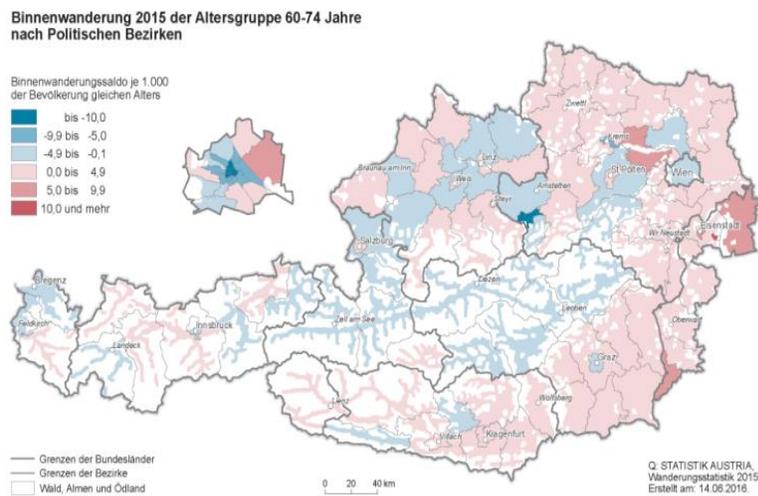
Grafik 4: Binnenwanderung in der Altersgruppe 40 bis 59 Jahre nach politischen Bezirken



Quelle: Statistik Austria Wanderungsbilanz 2015

Die 60- bis 74-Jährigen sind ebenfalls (noch) räumlich mobil. Sie sind unter anderem oft auf der Suche nach dem idealen Alterswohnsitz. Es zeigt sich, dass auch hier wiederum die inneralpinen, strukturschwachen Räume nicht zu den präferierten Wohn- bzw. Lebensorten zählen (vgl. Grafik 5). Es sei denn, sie sind landschaftlich attraktiv.

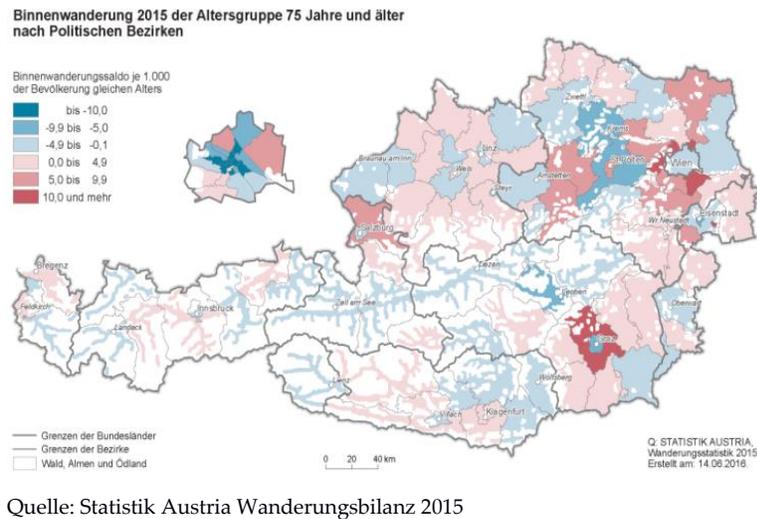
Grafik 5: Binnenwanderung in der Altersgruppe 60 bis 74 Jahre nach politischen Bezirken



Quelle: Statistik Austria Wanderungsbilanz 2015

In der Personengruppe der 75- und Mehrjährigen geht es in Bezug auf den (erneuten) Wohnstandortwechsel vor allem um die Erleichterung der Lebensführung. Dies gelingt unter anderem durch die Übersiedlung zu den Kindern oder im Falle der eigenen Pflegebedürftigkeit in den Umzug in eine stationäre Einrichtung der Langzeitpflege. Vor allem inneralpine und periphere, strukturschwache ländliche Räume verzeichnen einen negativen Binnenwanderungssaldo von Zugehörigen zu dieser Altersgruppe (vgl. Grafik 6).

Grafik 6: Binnenwanderung in der Altersgruppe 75 Jahre und älter nach politischen Bezirken



## II. Eckdaten der Studie „Weggehen. Zurückkommen. Verbunden bleiben.“

Bei dieser Studie in der LEADER Region Nationalpark Kalkalpen (Fischer 2014) ging es darum, sich mittels einer standardisierten schriftlichen Befragung der 20- bis 29-Jährigen kritisch und detailliert mit dem Thema „Wanderungsverhalten und Gemeindeentwicklung“ auseinanderzusetzen.

Es wurden in fünf Fallbeispielgemeinden alle Personen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren, die hier zum Zeitpunkt der Befragung ihren Haupt- und Nebenwohnsitz hatten, schriftlich befragt. Insgesamt waren das 1.378 Personen. Gegenstand der Befragung war der Zusammenhang zwischen dem eigenen Wanderungsverhalten und der persönlichen Lebenszufriedenheit, die Wahrnehmung der lokal vorhandenen Infrastruktur und der Stellenwert der eigenen Beteiligung an der Gemeindeentwicklung.

Die Rücklaufquoten waren sehr hoch, d.h. 30,6% in Bezug auf die Grundgesamtheit, unter den HauptwohnsitzerInnen je nach Gemeinde zwischen 26% und 41% sowie zwischen 15% und 30% bei den NebenwohnsitzerInnen.

Flankierend dazu wurden natürlich auch die Bürgermeister befragt. Inhaltlich gab es große Kongruenzen. D. h. die Bürgermeister verstehen offensichtlich die Situation der jungen Leute, sind sich aber darin unsicher, was sie dem entgegensetzen können.

## III. Studienergebnisse

Im Folgenden werden die Studienergebnisse in fünf Punkten dargestellt.

### 1. Die „Landbevölkerung“ besteht aus Ortstreuen, Zugezogenen, RückkehrerInnen und multilokal lebenden Personen

Die Landbevölkerung als solches gibt es nicht, was leider von der Politik sehr oft noch immer nicht verstanden wird. Die Landbevölkerung ist ein Konglomerat aus *Ortstreuen*, *Zugezogenen* und *Rückkehrern*. Die *Ortstreuen*, die noch nie wo anders gewohnt haben, ergeben sich bereits aus der Altersgruppierung heraus aus Menschen, die selber noch nicht über deren Wohnstandortfixierung bzw. -wechsel entscheiden können, da sie von ihren Eltern abhängig sind, bzw. aus jenen Personen, die dort, wo sie geboren bzw. aufgewachsen sind, zufrieden sind. In unserer Studienregion stellen die *Ortstreuen* 70% der Antwortenden. Weitere 21% waren *Zugezogene*. In diesem Zusammenhang betrachten wird nicht die internationale Zuwanderung, sondern Zuwanderungsgewinne aus der

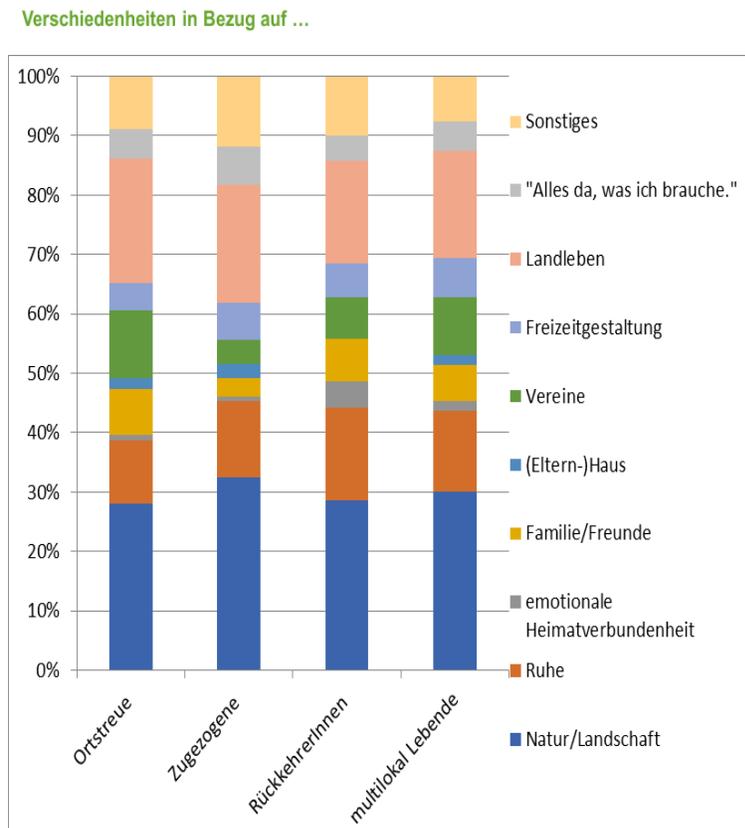
Binnenwanderung. Die übrigen 9% der Antwortenden waren *RückkehrerInnen*. Die Hochausgebildeten unter den Zugehörigen zu letzterem Wanderungstypus stehen ja im Mittelpunkt der (raumpolitischen) Debatte, wenn es darum geht, strukturschwache ländliche Räume voranzubringen.

Bei der Auseinandersetzung des Wanderungsverhaltens von Personen der dritten Lebensdekade muss ein weiteres Phänomen, das lange Zeit übersehen worden ist, mitberücksichtigt werden: die Multilokalität, d. h. die Existenz von mehreren räumlichen Lebensmittelpunkten.

Jede vierte antwortende Person – insgesamt waren es 359, für die sich eine multilokale Lebensführung nachweisen lässt – lebt wechselweise zwischen Stadt und Land. Für die Gemeindepolitik ist es schwierig, mit diesem Sachverhalt bzw. dieser Art der Lebensführung umzugehen, da die Erwartungen an ein „gutes Leben“ auch von den Erfahrungen, die man anderswo gemacht hat, überformt sind (vgl. Grafik 7). Das stellt gerade strukturschwache, periphere Landgemeinden vor Herausforderungen.

Fazit: Man möchte 20 bis 29-jährige Bevölkerung halten bzw. dazugewinnen, weiß aber angesichts der Verschiedenheit der Ansprüche nicht, wie das gelingen kann.

Grafik 7: Verschiedenheiten bei den Einstellungen in Bezug auf ein „gutes Leben auf dem Land“ unter den 20 bis 29-Jährigen



Quelle: T. Fischer

Die Konstruktionen eines „guten Lebens auf dem Land“ bzw. modernen Landlebens stecken immer noch in den Kinderschuhen. In Hochglanzbroschüren bemüht man sich einerseits die Homogenität in den Ansprüchen mittels Klischees darzustellen – so sitzen beispielsweise junge Frauen im Dirndl im Autobus –, andererseits gelingende Ansätze zum Management von Heterogenität darzustellen – so sitzen beispielsweise junge und alte Frauen mit und ohne Kopftuch lächelnd nebeneinander.

Ein kleiner Exkurs: Die subjektive Lebensqualität eines Menschen – sofern sie an raum- und infrastrukturellen Bezügen andockt – kann durch Raumplanung (mit Einschränkungen) mitbestimmt werden.

Kommen wir zurück zum Thema: Wichtig ist, dass die Wanderungsbiografie eines Menschen dessen Erwartungen bzw. Ansprüche mitbedingt. Darüber hinaus zeigt sich, dass es auch eine sog. *schlummernde bzw. latente Abwanderungsbereitschaft* gibt. Diese ist bezogen auf die fünf Fallbeispielsgemeinden unterschiedlich stark ausgeprägt. Interessant ist, dass Männer und Frauen sich in Bezug auf dieses Merkmal kaum voneinander unterscheiden.

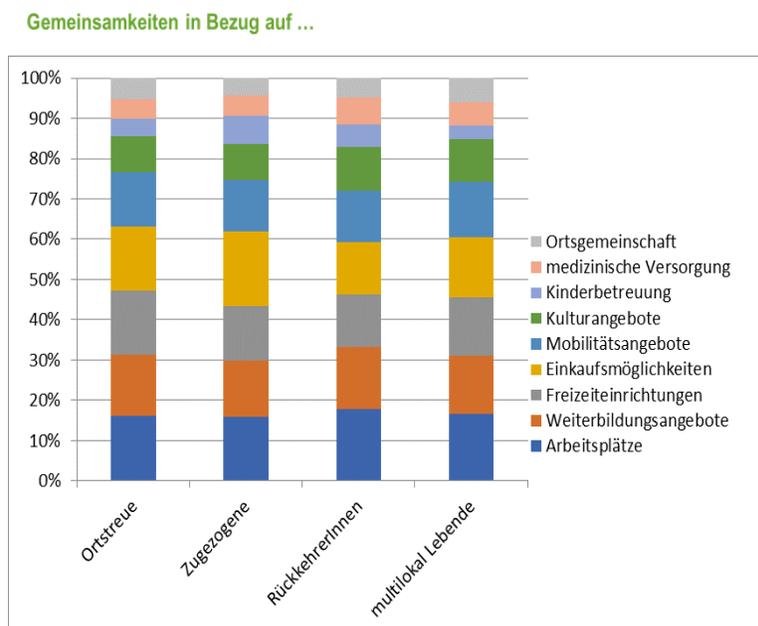
Bei den multilokal Lebenden hingegen ist die latente Abwanderungsbereitschaft im Vergleich zu den Zugehörigen zu den anderen Wanderungstypen am stärksten ausgeprägt, d.h. diese wissen noch nicht bzw. haben sich noch nicht entschieden, wo sie bleiben wollen oder können. Danach folgen die Ortstreuen (Anmerkung: Die Hälfte der Ortstreuen ist unter 25 Jahre alt ist). Unklar ist, ob diese vielleicht nur auf eine (günstige) Gelegenheit warten wegzugehen. Danach kommen die RückkehrerInnen und zum Schluss – mit der niedrigsten latenten Abwanderungsbereitschaft – die Zugezogenen.

Was macht nun die Lebensqualität von Personen in der dritten Lebensdekade aus?

Natur und Landschaft sind generell wichtig, genauso wie das sog. Landleben und die Ruhe. In Bezug auf infrastrukturelle und kulturelle Aspekte scheiden sich schon die Geister (vgl. Grafik 8). Das ist völlig klar, denn das hängt damit zusammen, was man bisher erlebt hat und was man sich vom Leben erwartet.

Bei den *Gemeinsamkeiten* sehen wir, dass die jungen Menschen, denen man ja oft attestiert, dass es ihnen völlig egal wäre, was rundherum passiert und die man permanent zur Beteiligung anregen möchte, an der Weiterentwicklung bzw. der Zukunft der ländlichen Wohngemeinde sehr wohl interessiert sind.

Grafik 8: Gemeinsamkeiten bei den Einstellungen in Bezug auf ein „gutes Leben auf dem Land“ unter den 20 bis 29-Jährigen



Quelle: T. Fischer

Man sieht, dass die *Migrationsbiografie*, d.h. ob man immer nur am selben Ort gelebt oder bereits „Außenerfahrung“ gemacht hat und wieder (in das Elternhaus) zurückgekehrt ist, die Wahrnehmung der raumbezogenen Defizite und der Toleranzgrenzen bei den Angeboten vor Ort überhaupt nicht beeinflussen. Das heißt im Endeffekt, dass junge Leute in einer Lebensphase sind – die meisten in dieser Gruppe haben übrigens noch keine Kinder – d.h. diese brauchen keine Kinderbetreuung, Kinderarzt oder Spielplatz, die wollen ein schönes Lokal, ein leistbares Wohnen, die wollen frei sein von der Abhängigkeit des Autos, sie setzen auf den öffentlichen Verkehr, weil sie sich vielfach das Auto nicht leisten können. Gemeinsam ist ihnen auch, dass sie bereits eine ausgeprägte emotionale Heimatverbundenheit haben. Man braucht also nicht in die emotionale Heimatverbundenheit investieren, weil sie schon vorhanden ist. Es besteht einfach nur das Unvermögen, diese emotionale Heimatverbundenheit in einen Mehrwert für die Gemeinde zu übersetzen. D.h. viele sind heimatverbunden, kommen aber trotzdem nicht zurück. Das ist das eigentliche Problem. Die Verbundenheit besteht nicht mit der Gemeinde und auch nicht mit dem Ortsteil, in dem man lebt, sondern mit der Familie und den Freunden, sofern man sich (noch) mit ihnen identifiziert.

## 2. *Harte Standortfaktoren bestimmen das Wanderungsverhalten*

Dieses Ergebnis bedeutet, dass das Wanderungsverhalten stark davon beeinflusst wird, ob ich einen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz in einer mir zumutbaren Pendeldistanz habe. Das ist individuell sehr verschieden. Diese Zumutbarkeit reicht für manche bis zu hundert Kilometer und weiter, während für andere dreißig Kilometer oft bereits zu viel sind. Was ist daraus für die Standortplanung bzw. Allokation von Betriebsstätten abzuleiten? Man kann da an das *Zentrale Orte-Konzept* (Christaller 1980, Weichhart 1996, Giffinger et al. 2004) anknüpfen, welches in Österreich ja auch nicht wirklich gescheit umsetzbar ist, auch schon aufgrund der Topografie, die eine große Herausforderung darstellt.

Wir leiten aus den empirischen Befunden zur Relevanz der harten Standortfaktoren für das Wanderungsverhalten ab, dass weiche Standortfaktoren wie Ruhe, Natur, Heimatverbundenheit usw. erst dann wirksam werden, wenn alle anderen harten Standortfaktoren passen, d.h. wenn man eine Wohnung, einen Arbeitsplatz, eine Kinderbetreuung hat, wenn es eine Schule gibt.

Dennoch bleibt im Falle der Zugezogenen und RückkehrerInnen sowie der multilokal Lebenden, dass die Annehmlichkeiten der Stadt gegen die Vorzüge des Landes abgewogen werden. Die wichtigsten fünf Annehmlichkeiten am (neuen) städtischen Wohnsitz sind die (i) Freizeitinfrastruktur und das kulturelle Angebot, (ii) Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, (iii) Arbeitsplatzangebot & berufliche Perspektiven, (iv) öffentlicher Verkehr, kurze Wege und fußläufige Erreichbarkeit sowie (v) Einkaufsmöglichkeiten und die Versorgungsinfrastruktur.

Diese bedeutet, dass die *Wohnstandortwahl* ressourcenbezogen als auch privat motiviert ist und war. D.h. über welche finanziellen Mittel verfüge ich und welche Voraussetzungen habe ich von der Familie mitbekommen: Gibt es einen Baugrund, eine Wohnung, ein Haus? Wie gesagt, die Annehmlichkeiten der Stadt werden innerlich gegen die Vorzüge des Landes abgewogen. Wir wissen aber nicht, wie das genau funktioniert. Darum ist es sehr schwierig, hier der Politik konkretere Hinweise und darauf aufsetzende Empfehlungen zu liefern.

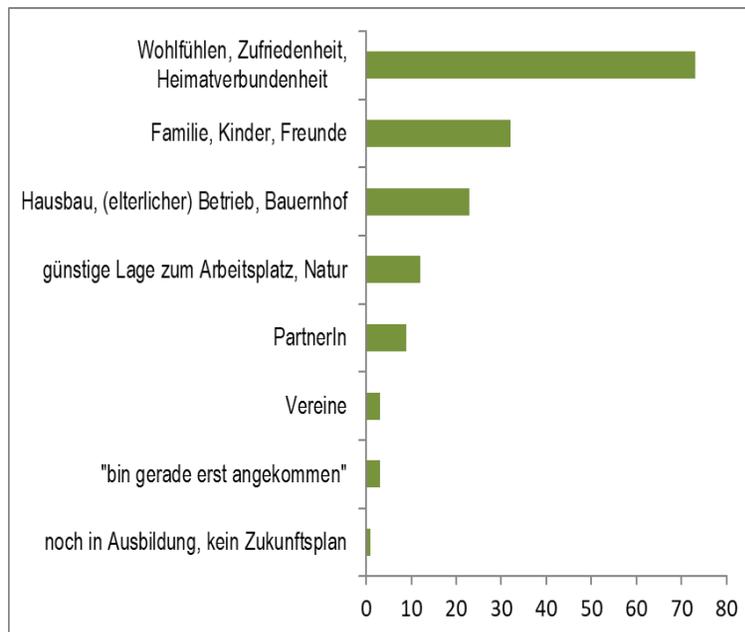
## 3. *Weiche Standortfaktoren bestimmen das Bleibeverhalten*

Während die harten Faktoren das Wanderverhalten, d.h. wohin ich gehe, wie lange ich wo bleibe oder wieder zurückgehe, bestimmen, entscheiden die weichen Standortfaktoren darüber, ob ich mich an einem Ort wohlfühle und hier auch bleiben möchte bzw. kann (vgl. Grafik 9). Hier treten Aspekte in den Vordergrund wie Zufriedenheit, Heimatverbundenheit, Familie, Kinder und Freunde. Auch der Hausbau, der (elterliche Betrieb), aber auch der Bauernhof spielen da eine Rolle. Der Partner spielt relativ gesehen eine untergeordnete Rolle bei den jungen Leuten. Viele davon sind noch nicht

verheiratet. Es ist darauf hinzuweisen, dass man auf die Zugezogenen ein gutes Auge haben muss, weil die Zugezogenen nur wegen dem Partner hierhergekommen sind und nicht, weil es in der Gemeinde so schön ist. Wenn es dann mit dem Partner vorbei ist, ist man wieder weg.

Eine der Voraussetzungen, dass auch kleine Landgemeinden vital bleiben, sind junge Menschen. Dabei ist es wichtig, nicht nur auf die Anzahl der Köpfe (Stichwort „Stabilisierung der Hauptwohnsitzbevölkerung“), sondern auch darauf zu achten, dass sich die jungen Leute hier wohlfühlen.

Grafik 9: Weiche Standortfaktoren



Quelle: T. Fischer

#### 4. Die Zugezogenen und RückkehrerInnen vergleichen

Man muss erkennen, dass die Zugezogenen und die Rückkehrer immer ihre Lebenssituation am derzeitigen Wohnort mit dem vorherigen Lebensort vergleichen. D.h. es findet intern immer ein Vergleich mit dem Referenzniveau Stadt oder auch mit dem Referenzniveau Land statt. Es kommen ja nicht nur Personen auf das Land zurück, es gibt auch starke Land-Stadt-Beziehungen. Dabei werden die infrastrukturellen Veränderungen immer wahrgenommen. Völlig klar dabei ist – und da kann sich die Gemeinde noch so mit Willkommensfesten und Veranstaltungen bemühen, wenn man sich nicht an die Ortsgemeinschaft anpassen kann oder will, dann wird das vor allem in kleinen Gemeinden mit eingeschworenen Communities nicht funktionieren – wir reden dabei nicht vom Zuzug bzw. der Integration von Personen anderer Ethnien.

Die unüberwindbar scheinende Herausforderung für die Landgemeinden hinsichtlich der infrastrukturellen Planung besteht darin, den Geschmack aller zu treffen. Dazu kommt, dass unter den jungen – wie auch älteren Menschen – die Möglichkeiten zur Kompensation von Ausstattungsdefiziten ungleich verteilt ist: Es macht einen Unterschied, ob Personen in eine Familie zuziehen, wo es Großeltern gibt, welche die Betreuungspflichten übernehmen. Andere brauchen eine Kleinkindbetreuung und die Gemeinden sagen, dass sie dafür das Geld nicht hätten.

Die Kunst einer gelingenden Gemeindepolitik besteht darin, die subjektiven Toleranzgrenzen auszuloten, d.h. sich in die Bevölkerung hineinzusetzen und zu fragen, wie weit bin ich bereit zu

gehen oder wie weit bin ich bereit, auf etwas zu verzichten, nur damit ich hier weiterhin wohnen kann, weil es schön, ruhig und sicher ist. Das muss in der Raumplanung klar angesprochen werden, sonst planen wir an den Menschen vorbei.

Enttäuschte Erwartungen am derzeitigen Wohnort sind keine Seltenheit. Das gilt nicht nur für die in dieser Studie erforschten Gemeinden. Vor allem als RückkehrerIn nimmt man wahr, dass sich der ländliche Raum und die ländlichen Gemeinden zwischenzeitlich weiterentwickelt haben. Ganz schwierig wird es dann, der Forscher Aussagen über die Zukunft machen soll und den Auftrag erhält, das zukünftige Wanderungsverhalten von Zielgruppen abzuschätzen, um herauszufinden, ob sich die getätigten Investitionen der Gemeinde auch rechnen. Hier muss man ehrlich zugeben: Wenn es die Leute selber nicht wissen, wie soll ich es dann wissen? Die Prospektion des (eigenen) zukünftigen Wanderungsverhaltens ist also sehr, sehr schwierig.

### 5. Die Ideen für Beiträge zur Gemeindeentwicklung sind vorhanden – Hinderungsgründe auch

Junge Erwachsene wollen Beiträge für die Gemeinden leisten, aber sie können es vielfach nicht. Hier dürfen wir den jungen Leuten nicht unrecht tun.

Die Befragten äußerten verschiedene Ideen, wie sie sich beteiligen könnten (vgl. Grafik 10). Das drückt auch ein wenig die Heterogenität in den Haltungen der Personen in der dritten Lebensdekade in unseren Beispielsgemeinden aus. Eine Person meint z.B. „mehr Bescheidenheit. Sind wir froh, dass wir da leben können, dass es fein ist und das Land soll nicht schneller werden“. Andere sagen „wir brauchen viel mehr Einsatzbereitschaft, wir sind zu bequem, wir sind in einer Komfortzone“. Die Dritten meine „wie müssen das Gemeinde- und Vereinsleben unterstützen“, die Vierten „wir müssen viel mehr politisch engagiert sein“, andere wiederum „wir müssen unser Einkaufsverhalten verändern“ und die Letzen sagen „vielleicht mache ich mich selbstständig“. Man sollte das alles aber nicht so sehen, dass wildes Unternehmengründen die ländlichen Räume rettet. Ich habe auch eine sehr kritische Haltung zum Thema Digitalisierung in ländlichen Räumen. Das ist etwas für jene, die es sich erlauben und – vor allem zu Anfang – leisten können bzw. im Stande sind – mit finanzieller Unterstützung und einem entsprechenden Mentoring – eine zündende Idee in ein Produkt bzw. eine Dienstleistung umwandeln können. Das ist aber eine kleine Gruppe. Der ländliche Raum hat extrem viele Arbeitsplätze, nur wollen diese Arbeitsplätze nicht bedient werden von den Menschen vor Ort. Es gibt Verkauf, Handel, Handwerk. Das ist alles wunderbar. Klein- und Mittelbetriebe und die Landwirtschaft natürlich sind das Rückgrat des ländlichen Raums. Aber das will man alles nicht. Man schielt auf Jobs mit Renommee und Topbezahlung. Deshalb hat so mancher politischer Entscheidungsträger vor allem die hochqualifizierten RückkehrerInnen im Blick, ohne sich dabei zu fragen, ob diese auch Willens und im Stande sind, für die Community etwas zu leisten.

Grafik 10: Beiträge zur Gemeindeentwicklung

Ideen	Hemmnisse
mehr Bescheidenheit	
mehr Einsatzbereitschaft	Ohnmacht
Unterstützung des Gemeinde- und Vereinslebens	
politisches Engagement	Verlass auf die politisch Verantwortlichen keine Notwendigkeit sich zu beteiligen düstere Zukunftsaussichten
Änderung des Einkaufsverhaltens	Zeitmangel und kaum vor Ort
Sprung in die Selbstständigkeit / Betriebsgründung	Fehlen von Rahmenbedingungen und Unterstützung seitens der Gemeinde

Quelle: T. Fischer

In Bezug auf das Ausloten von Möglichkeiten des Engagements für die eigene ländliche Wohngemeinde äußern die Befragten auch Hemmnisse. Eine davon ist die empfundene absolute *Ohnmacht*. Diese befällt auch manche politischen Entscheidungsträger. Was tun in einer Gemeinde, die Schulstandort und verkehrsgünstig gelegen ist, viel Infrastruktur hat, aber trotzdem mit Leerstand und selektiver Abwanderung konfrontiert ist? Hier die No-Future-Stimmung zu durchbrechen, ist eine echte Herausforderung. Da geht nichts. Da wurden schon Unternehmensberater zu Rate gezogen, die auch bezahlt werden mussten. Ohne nachhaltigen Erfolg. Das ist kein ausschließlicher Befund für Österreich, auch in Deutschland gibt es Beispiele dafür, dass die Entfernung zu einem Arbeitsplatzzentrum nicht alleine darüber entscheidet, ob ländliche Gemeinden demographisch stabil bleiben.

Andere unter den befragten 20- bis 29-Jährigen wiederum geben zu, dass sie sich auf die politisch Verantwortlichen verlassen und keine Notwendigkeit dafür sehen, sich zu beteiligen. An dieser Stelle muss man sich fragen, ob diese Haltung verständlich ist. Haben die jungen Leute in dieser Lebensphase nicht auch das Recht, sich zuerst einmal um sich selbst zu kümmern? Man sollte sich dabei – vor allem dann, wenn man in der Rolle als wissenschaftlicher Berater ist, immer vor Augen halten, wie es war, als man selbst jung war und kein Interesse daran hatte, die Last der Welt auf die eigenen Schultern zu nehmen. Zeitmangel und „*kaum vor Ort sein*“ sind aus der Sicht der multilokal Lebenden die Hauptargumente gegen das eigene Engagement.

Letzten Endes sind es aber auch die fehlenden Rahmenbedingungen und die mangelnde Unterstützung seitens der Gemeinde, die auf die Beteiligung junger Erwachsener Einfluss nehmen.

#### **IV. Exkurs: Macht Multilokalität den Unterschied**

Die *Multilokalität* bleibt in der Diskussion um das Wanderungsverhalten junger Erwachsener – auch aufgrund des Mangels an belastbaren Daten – aus meiner Sicht immer etwas unterbelichtet.

Wir fragen uns im Rahmen dieser Veranstaltung: Macht es einen Unterschied in den Ergebnissen, ob jemand *multilokal* lebt oder nicht und wenn ja, haben die Personen ihren wichtigsten Lebensmittelpunkt in der Landgemeinde oder anderswo? Wenn man in unserer Studie alleine die Zahlen betrachtet, dann sieht man, dass die Mehrheit der Personen (n=209), nicht multilokal lebt. 81 Personen lebten multilokal mit Lebensmittelpunkt am Land und 40 Personen, die zwar in der Landgemeinde geboren sind, aber jetzt ihren Lebensmittelpunkt anderswo, vornehmlich in der Stadt, haben (vgl. Grafik 11). Das ist sehr schwierig, wenn man sich vor dem Hintergrund kleiner Grundgesamtheiten die Zahlen ansieht und sich gleichzeitig überlegt, wie viele Leute man braucht, um eine Infrastruktur überhaupt am Leben zu erhalten. Die Raumplanung kann sicher keine Lösung vorschlagen, wenn sie weiß, dass diese höchstwahrscheinlich nur für die kommenden zwei Jahre taugt. Raumplanung heißt „für einen längeren Zeitraum nachhaltig Geld im Raum verorten“.

Kommen wir wieder zurück: Der Punkt, ob man sich in der Landgemeinde zuhause fühlt, wird von 86% der Ortstreuen sehr bejaht. Bei den Multilokalen mit Lebensmittelpunkt in der Landgemeinde sind das immer noch mehr als die Hälfte. Aber nur ein Viertel von den 40 Personen, die multilokal leben und ihren Hauptwohnsitz anderswo haben, unterstützt diese Aussage ausschließlich. D.h. wenn diese emotionale Heimatverbundenheit wegbröckelt, dann hat die Gemeinde wenig Trümpfe in der Hand, dass sie die Bevölkerung anzieht und langfristig hält. Dann wird es schwierig, und das ist ein äußerst unangenehmer Befund für die Politik.

Grafik 11: Einfluss von Multilokalität

	Lebensmittelpunkt in Landgemeinde (nicht multilokal)	Lebensmittelpunkt in Landgemeinde (multilokal)	Lebensmittelpunkt anderswo (in der Stadt) (multilokal)
hier geboren bzw. aufgewachsen	209 Personen	81 Personen	40 Personen
private Gründe für das Behalten des ländlichen Wohnsitzes	Natur (196 N), Eltern/Familie (190 N) Freundeskreis (159 N) Vereinsleben (113 N)	Eltern/Familie (74 N) Natur (67 N) Freundeskreis (59 N) Vereinsleben (39 N)	Kindheit/Heimat (20 N) Eltern (11 N) Freizeitangebot/ Vereinsleben (5 N)
sich zuhause fühlen „am Land“	ja, sehr (86 %)	ja, sehr (65 %)	ja, ausschließlich (25 %)
Es ist mir wichtig, in die (Orts-) Gemeinschaft integriert zu sein.	ja (56 %)	ja (51 %)	-- (nicht direkt abgefragt)
Interesse am Geschehen am ländlichen Nebenwohnsitz	--	--	mäßig (18 Pers.) sehr (14 Pers.)
in der Gemeinde freiwillig engagiert (Musik, Sport, FF, RK)	ja (49 %) (102 Pers.)	ja (49 %) (40 Pers.)	ja (12 Pers.)
derzeit Engagierte, die an Wegzug denken	39 Personen	30 Personen	--
„Rückkehr“ in die ländliche Herkunftsgemeinde	--	--	ja (15 Pers.) unentschieden (16 Pers.)
zukünftige eigene Beiträge zur Gemeindeentwicklung	Gemeinschaft unterstützen (10 %) die Interessen junger Leute vertreten (9 %)	Gemeinschaft unterstützen (27 %) die Interessen junger Leute vertreten (12 %)	vorstellbar für 40 % (16 Pers.) 4 Personen bereits engagiert unmöglich für 43 % (17 Pers.)
Werte der „community“ werden geteilt	ja	partiell	nein
Heimatverbundenheit = Bedürfnis nach sozialer Inklusion	nein	nein	nein
bereits in der Gemeinde engagiert	ja	ja	ja
relevante Beiträge zur Daseinsvorsorge geleistet	nein (Fokus Vereine)	nein (Fokus Vereine)	nein
Verfügbarkeit	eingeschränkt	eingeschränkt	sehr eingeschränkt
bereit, zukünftig Verantwortung für die Gemeinschaft zu tragen	eingeschränkt vorstellbar	eingeschränkt vorstellbar	abhängig von den Rahmenbedingungen

Quelle: T. Fischer

Jeder Österreicher und Österreicherin ist statistisch gesehen, in 2,1 Vereinen tätig (Zellmann & Mayrhofer 2015). Das sagt aber überhaupt nichts aus über deren konkreten Beitrag zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge. Dies ist ein statistischer Kennwert, der im Kontext der Auseinandersetzung, wie viel an ehemals durch die öffentliche Hand besorgte Aufgaben an private Personen – auch Zivilgesellschaft genannt – übertragen werden kann, absolut sinnlos ist.

Wenn man sich anschaut, wo die Menschen engagiert sind, dann sieht man, dass es für mehr als die Hälfte der Ortstreuen und Multilokalen mit Lebensmittelpunkt in der Landgemeinde wichtig ist, sich in die Ortsgemeinschaft zu integrieren. Jeder zweite Ortstreue und Multilokale mit Lebensmittelpunkt in der Landgemeinde ist bei der Musik, im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr, beim Roten Kreuz usw. freiwillig aktiv. Das ist ein guter Anknüpfungspunkt zum vorherigen Beitrag von Frau *Wonneberger*, denn wenn sie dort nicht aktiv wären, dann würden sie auch sozial exkludiert werden bzw. sein. Das ist etwas, das sich mit dem Wunsch nach der Pflege eines städtischen Lebensstils auch am Land speißt.

Eine interessante Frage ist auch, ob die Werte der „Community“ geteilt werden. Dabei geht es nicht um die Gemeinde als „Municipality“, d.h. als politisch-administrative Ebene. Das interessiert keinen Menschen. Es interessiert in diesem Zusammenhang die „Community“, die Gemeinschaft (vgl. *Tönnies*

2017). Diese Werte werden von den Ortstreuen mehr oder minder eingeschränkt geteilt. Die Multilokalen reflektieren althergebrachte Traditionen kritischer, auch wenn sie diese nicht per se ablehnen. Aber sie sehen auch noch etwas Anderes. Diese Gruppe wird daher nur sehr schwer als neue, für die Gemeinschaft gewinnbringende Mitglieder zu gewinnen sein. Wenn man nun versucht, die Heimatverbundenheit mit dem Bedürfnis nach sozialer Inklusion gleichzusetzen, ist man gedanklich auf dem Holzweg. Das hängt auch mit der Lebensphase zusammen. Es wäre ja fürchterlich, wenn man sich als junger Mensch schon in einem Zustand befände, der nichts Anderes als Ortstreue zuließe. Es ist zu respektieren, dass die jungen Erwachsenen „leben“ wollen und erst einmal zu sich selbst finden müssen. Dennoch bleibt es wichtig, dass man dieses neue Leben in die ländlichen Gemeinden hineinbringt.

## V. Fazits

Zunächst einmal kämpfen wir mit großen Unsicherheiten bezüglich der multilokal lebenden, in Ausbildung stehenden Personen. WissenschaftlerInnen, die sich heute hinstellen und erklären zu wissen, wie viele Personen multilokal leben und äußerst detaillierte Handlungsanweisungen für den Umgang mit dieser – vermutlich – wachsenden Personengruppe anbieten, begegne ich mit Vorsicht.

Denn die statistisch erfassten Daten und das, was in der Realität passiert, sind nicht deckungsgleich (*vgl. dazu auch Wiesbauer et al. 2013*). Die Problematik für die politischen Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene ist, dass die Grundgesamtheiten vor allem in strukturschwachen Landgemeinden schrumpfen. Die Leute werden gerade in den Abwanderungsgemeinden peripherer Lagen immer weniger und älter. Gleichzeitig steigt aber die Heterogenität in der Gruppe der 20- bis 29Jährigen. Dadurch ergeben sich Probleme bei der Zieldefinition und Strategiebildung. Alles was wir unter Leitbild- und Visionsentwicklung kennen, bleibt vor diesem Hintergrund ziemlich „fuzzy“, noch dazu dann, wenn es nicht gelingt, VertreterInnen aller Alters- und Anspruchsgruppen für Beteiligung nicht zu erreichen.

Wir haben einen sinkenden Anteil an jungen Leuten an der Gesamtbevölkerung. Den empirischen Befunden zu den 20- bis 28Jährigen ist zu entnehmen, dass es Unmut gibt, weil man sich bei der Infrastrukturplanung und Zielformulierung auf die wachsende Gruppe der älter werdenden Menschen konzentriert. Hier ist das Argument der politischen Entscheidungsträger klar nachvollziehbar: Man orientiert sich an Mehrheiten.

## VI. Schlussfolgerungen und Anregungen

Auf raum- und planungswissenschaftlicher Ebene muss man bei der Kommunikation von Forschungsergebnissen und daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen Mut zur *Offenheit* und *Objektivität* haben. An eine messerscharfe Analyse empirischer Sachverhalte darf es nicht zu Brüchen hinsichtlich der Empfehlungen an den Auftraggeber bzw. die Politik kommen. Das ist langfristig fatal und führt auch dazu, dass man sich à la longue den Vorwurf der Opportunität gefallen lassen muss. Indes man muss versuchen, die erarbeiteten Ergebnisse gut zu transportieren. Hier braucht es einen langen Atem – auch unter beratungsoffenen politischen EntscheidungsträgerInnen und anderen Stakeholdern im Bereich der Raumentwicklung. Es ist eine Herausforderung, den Grundsatz *Empirie statt Emotion* durchzuhalten und *klare Signale* auszusenden.

Gestatten Sie mir abschließend die Nennung von sieben Aspekten, die aus fachlicher Sicht für die Diskussion des Themas „Wanderungsverhalten junger Menschen“ essentiell wichtig sind:

### 1. Strategie und Klärung von Verantwortlichkeit

Die Verantwortung für eine gelingende Gemeinde- und Regionalentwicklung kann und darf nicht ausschließlich auf die Zielgruppe der 20- bis 29Jährigen übertragen werden. Eine Analyse der Akteurs- und Kräftefelder ist erforderlich.

## **2. *Bereitschaft zum vertikalen Dialog***

Die Politik muss Bereitschaft zum vertikalen Dialog zeigen. Ich bin davon überzeugt, dass wir bereits sehr viel über das Gehen- und Bleibeverhalten wissen. Es laufen auch große europäische Projekte zu diesem Thema. Es passiert aber offenbar kein Wissenstransfer der Erkenntnisse von der kommunalen Ebene hin zur Ebene des Landes. D.h. Land und Gemeinden, die ja im Sinne der nominellen Raumplanung miteinander reden müssten, kommunizieren offenbar nicht miteinander. D.h. der vertikale Dialog funktioniert nicht. Stattdessen wird im Stadium der weiteren Erforschung der immer selben Sachverhalte verharret.

Eine Akkordierung der zu setzenden Maßnahmen ist aber unabdingbar.

## **3. *Eine Prioritätenreihung der Zielgruppen ist notwendig***

Eine Erkenntnis der eben präsentierten Studie ist, dass die sogenannten Ortstreuern eine besondere Beachtung verdienen. Man sollte sich auf diese große Gruppe (70% der Grundgesamtheit) fokussieren, da diese Personen am ehesten bereit sind, zu bleiben, sofern man deren Toleranzgrenzen nicht überstrapaziert. Diese Aussage fügt sich nicht den aktuellen Mainstream der (öffentlichen) Diskussion ein.

## **4. *Investitionen in Pull-Faktoren sind kostenintensiv***

Die Begriffe Pull- und Push-Faktoren werden in sehr vielen Studien thematisiert. Es braucht auch leistbares Wohnen, um jemanden in die Gemeinde zu locken. Man muss auch Erreichbarkeit organisieren (beides Pull-Faktoren). Gesagt werden muss: Vor allem die peripheren Regionen werden keine diversifizierten Arbeitsmärkte aus dem Boden stampfen können.

## **5. *Toleranzgrenzen dürfen nicht überstrapaziert werden***

Ein sehr sensibler Punkt in diesem Zusammenhang ist die Regionalisierung von Freizeitinfrastruktur. Manche FachexpertInnen regen sich auf, wenn kommunale Infrastruktur, z. B. Schwimmbäder mit roten Zahlen bilanziert. Wenn aber Regionalisierung angegangen wird, müssen auch Fragen der Organisation der Erreichbarkeit geklärt werden.

## **6. *Die Rückkehrneigung der Höher- und Hochqualifizierten darf nicht überschätzt werden***

Dieser Aspekt wurde in den vorherigen Ausführungen ausgiebig erörtert und wird an dieser Stelle nicht noch einmal aufgerollt.

## **7. *Die „Ortsidee“ muss kommuniziert und wenn nötig, weiterentwickelt werden***

Es gibt einen gewissen Widerspruch. Einerseits man möchte man als Gemeinde „innovativ“ sein – ein Begriff, mit dem ich mir schwertue. Es kommt der Quadratur des Kreises gleich, demografisch alternde und (landschaftlich) unattraktive Räume als Wohnorte für junge, topqualifizierte und engagement- und inklusionsgeneigte Menschen – oder nennen wie sie Entrepreneurs – zu positionieren und zu bewerben. Warum? Weil es diese Zielgruppe mit diesem klar formulierten Anforderungsprofil en gros nicht gibt – es jedoch für Gemeinden mit geringer Einwohnerzahl wichtig ist, soziale Kohäsion zu erhalten. Soll heißen: Angesichts der wachsenden Heterogenitäten in den Anspruchsprofilen der sog. Landbevölkerung wird es immer schwieriger, das gemeinsame bzw. öffentliche Interesse der Gemeindebevölkerung zu definieren.

### *Diskussion*

**Aschenbrenner:** Ich möchte mich auf eine Folie ziemlich am Anfang Ihres Vortrages beziehen, wo es um die Gründe für das Bleiben ging (*siehe Grafik 9*). Die emotionale Heimatverbundenheit lag da sehr gering. Die Werte kommen mir unglaublich niedrig vor.

**T. Fischer:** Es ist aber so. Die Fragen lauteten: „Was sind die Gründe, warum Sie gerne hier leben, warum Sie gerne hier sind?“ „Was ist das Besondere an ihrem Leben auf dem Land?“ „Was sind die Annehmlichkeiten?“ Es gab da offene Antworten, die kodiert und zu Kategorien zusammengeschlossen wurden. Die emotionale Heimatverbundenheit ist nicht unbedingt gering, wenn man sich überlegt, was das in absoluten Zahlen bedeutet. Letztlich wird ja die Bedeutung der Lebensphase ausgedrückt. Emotionale Verbundenheit heißt, ob jemandes Herz dort schlägt. Gleichzeitig gibt es aber auch andere Faktoren, wie z.B. die Natur, die Landschaft, die Ruhe oder die Familie. Wenn wir nun Familie, Freunde, die Vereine und die Heimatverbundenheit zusammengenommen hätten, dann hätten wir viel größere Balken. D.h. die Teilnehmer zerlegen den Begriff der Heimatverbundenheit in Einzelfaktoren. Wenn man sie offen fragt, ob sie emotional mit ihrer Herkunftsgemeinde verbunden sind, d.h. dort wo sie aufgewachsen sind, dann kommen eben keine höheren Werte heraus.

**Holthus:** Als Soziologin interessiere ich mich für die Frage, ob es im Antwortverhalten auch Geschlechter- und Schichtunterschiede gibt.

**T. Fischer:** Es gibt in der Stichprobe der Teilnehmenden einen leichten Überhang von Frauen. Bei den multilokal Lebenden waren es 12 Frauen mehr als Männer. Diese Größe ist aber zu vernachlässigen. Auch bei den Nebenwohnsitzern gab es etwas mehr Frauen als Männer. Der einzig wirklich große Unterschied zeigte sich bei der latenten Abwanderungsneigung. Diese liegt um einige Prozentpunkte höher als bei den Männern. Die Antworten zeigen nicht, dass die Männer bedeutend mehr an der Scholle kleben würden. Aussagen zum Schichtunterschied zu treffen, ist schwierig. Fragen zum Einkommen wurden nicht gestellt. Allerdings zeigte sich, dass Personen, die in Ausbildung stehen, d. h. Zugehörige zur Gruppe der 20- bis 25jährigen eine höhere latente Abwanderungsneigung zeigen als jene, die bereits erwerbstätig sind bzw. zwischen 26 und 29 Jahre alt sind.

**Rosenwirth:** Sie haben angesprochen, dass Sie die Digitalisierung des ländlichen Raumes sehr kritisch sehen. Können Sie das näher erklären? Sie haben gesagt, es passiere kein oder zu wenig Transfer der Erkenntnisse von den Gemeinden zum Land. Was sind da die Gründe, die Sie festgestellt haben?

**T. Fischer:** Bei Veranstaltungen z.B. mit Bürgermeistern, ganz egal in welchen Formaten sie stattfinden, hören Sie immer wieder von einem schwierigen Verhältnis zwischen dem Bundesland und den Gemeinden und den Herausforderungen der vertikalen Kommunikation – vor allem dann wenn es um Querschnittsthemen wie z. B. Genderfragen geht und klare Zuständigkeiten auf administrativer Ebene fehlen. Das haben wir im Rahmen der Studie „Gehen oder Bleiben“ (*Weber & Fischer 2012*) erfahren.

D.h. ich habe den Eindruck, dass man zwar weiß, worum es geht, es aber trotzdem nicht ganz genau wissen will, weil man sonst etablierte Denkmuster- und Handlungspraktiken kritisch hinterfragen müsste.

Bei der Frage der Digitalisierung wäre es aus meiner Sicht einmal notwendig, sich anzusehen, wie die Arbeitsstättenstruktur im ländlichen Raum wirklich aussieht. Wir haben die Urban-Rural-Typologie der *Statistik Austria* gesehen, dass es eine ganz große Fülle gibt von ländlichen Räumen. Da muss man sich einmal anschauen, welche Arbeitsplätze es gibt, welche Stellen man mit Personen vor Ort besetzen kann oder auch nicht. Ein weiterer Punkt ist, welches Qualifikationsprofil Personen haben, die sich vorstellen können, zurückzukehren. Das ist aber auch etwas sehr Kühnes, weil wir da im suggestiven Bereich sind. Ein Beispiel: Auch wenn jemand zehnmal sagt, er zieht in eine Senioren-WG, dann geht er möglicherweise doch nicht hin. Oder ein anderes Beispiel: Nur weil jemand sagt, er ziehe im Anlassfall

sicher nicht zu den Kindern, heißt das noch lange nicht, dass dies nicht vielleicht doch irgendwann aus irgendeinem Grund der Fall sein könnte.

Um auf die Frage nach dem Effekt der Digitalisierung auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen zurückzukommen: Man müsste sich wirklich ein Herz fassen und ein Rechenbeispiel machen. Es ist mehr als nur der Arbeitsplatz, es ist auch die Haltung, es ist auch die Infrastruktur. Man sollte dann nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern sagen, ja es kann in Einzelfällen richtig sein, aber der Ansatz, dass man zentrale Orte rein über die Digitalisierung schaffen könne, ist unvollständig. Ich halte auch diese neuen Ansätze von Mehrgenerationenwohnen, wo neu auf der grünen Wiese gebaut wird, für Retorten. Die werden neu errichtet. Die Kunst ist, im Bestehenden etwas zu tun und z. B. eerstand zu beheben.

**Rosenwirth:** Verbinden Sie mit Digitalisierung auch Innovation-Apps? Wie definieren Sie Digitalisierung?

**T. Fischer:** Ich definiere Digitalisierung in diesem Zusammenhang mit der Frage, welchen Beitrag Computerarbeitsplätze zu Hause zur demographischen Stabilisierung z. B. in peripheren Gemeinden leistet, wer und wie viele Personen davon profitieren können und was die Landgemeinden letztlich davon haben. Ansätze dafür gibt es bereits, wie z. B. die in den 1970er Jahren umgesetzte Idee der *Telearbeitshäuser* oder – aktueller – die sog. *Co-Working-Spaces*. In diesem Zusammenhang muss auch die Frage erörtert werden, ob ein Nebenwohnsitzer bzw. Gast, der an seinem Urlaubsort auch für einen längeren zusammenhängenden Zeitraum arbeitet, nicht vielleicht ein verdeckter Hauptwohnsitzer ist.

Da bin ich noch nicht einmal bei den *Innovation Apps*, noch nicht dort, wo man ganze *Serverhäuser* irgendwo hinstellt und wo sich Programmierer zusammentun. Die Kunst ist aus meiner Sicht, dass man das, was man hat, versucht bestehen und leben zu lassen. Das ist ja auch etwas Konservierendes. Eine ländliche *Community* ist vielleicht manches Mal etwas Verstaubtes, manches Mal etwas Modernes, wie wir alle wissen, auch wenn wir sie im Detail nicht kennen. Nur wenn ein Ort von außen nicht belebt ist, heißt es noch nicht, dass dort kein Leben ist. D.h. wir müssen dieses Thema aus meiner Sicht noch einmal umfassend angehen, Quantitäten bestimmen, sonst bleiben wir wieder bei der Emotion.

**Holthus:** Ich möchte gerne die Frage stellen, was Sie sich unter der *Ortsidee* genau verstehen. Gerade in Japan wird das mit einem Produkt für einen Ort praktiziert.

**T. Fischer:** Ortsidee für den japanischen ländlichen Raum finde ich kühn, weil ich weiß, dass dort die Älteren zurückbleiben und man mit allen Möglichkeiten der neuen Technologien versucht, Versorgung zu organisieren und das Gewissen der jungen StädterInnen beruhigt.

*Ortsidee* ist ein Begriff, den ich von Frau Prof. Weber übernommen habe. Ich bringe ihn in Verbindung mit der Gemeindeentwicklung und dem örtlichen Entwicklungskonzept, also mit der Frage der Vision für eine Gemeinde. Das betrifft die schwierige Frage, wohin eine Gemeinde gehen will und kann. Solche Fragen werden in den mir bekannten örtlichen Entwicklungskonzepten kleiner Landgemeinden nicht hinreichend begründet.

Ähnlich ist es um den Stand der Auseinandersetzung des Themas „Integration von BinnenwandererInnen ohne internationalen Migrationshintergrund bestellt. Wenn Sie aus einem Ort kommen, der fünf Kilometer von Ihrem neuen Wohnort entfernt liegt, dann kann es vorkommen, dass Sie über eine lange Zeit hinweg wie ein Fremder behandelt werden. Ihr Kind hingegen hat – wenn es hier geboren bzw. aufgewachsen ist – vergleichsweise gute Chancen, als Hiesiger identifiziert zu werden. Aber Sie selber können im Strickverein oder sonst wo sein, Sie werden immer eine Zugereiste bleiben. Im Übrigen gilt das nicht nur für kleine Dörfer. Wenn dann die Beziehung mit Ihrem Partner vielleicht einmal zu Ende ist, dann sind diese Dörfer zu klein, um sich aus dem Weg zu gehen. Wenn die Beziehung das einzige ist, was

Sie bindet, dann sind Sie weg, und – einwohnerbezogen noch schlimmer für die Wohngemeinde – der Ort verliert einen zweiten Einwohner, nämlich Ihr Kind.

**E. Gruber:** Ich möchte nur anmerken, dass genau das, was Sie gesagt haben, uns auch gerade auffällt. Wir haben ein Forschungsprojekt zum Thema Jugendintegration, wo wir den Begriff Jugend ein bisschen weiter fassen. Obwohl wir einen ganz anderen Raum haben, den wir uns anschauen, nämlich den Donau-Raum im Rahmen eines INTERREG Projekts, wir vergleichen hier sieben verschiedene Länder aus Südost-Europa inklusive Österreich, trotzdem sind die Befunde sehr ähnlich. Die Migrationen junger Menschen gleichen sich an. Wir kooperieren dabei mit Forschungsinstitutionen, Einrichtungen der Statistik und Gemeinden. Wir schauen dabei nicht nur auf die Befunde, die dann versickern, sondern wir versuchen diese mit den Gemeinden zu kommunizieren. Auch bei uns sind sich die Gemeinden nicht bewusst, was sie nun mit diesen Befunden jetzt eigentlich machen sollen. Es fehlt einfach an Ideen zu übersetzen, wie man mit den demografischen Entwicklungen umgeht. Es ist einfach wichtig, dass wir die Ergebnisse auf die untere Ebene tragen und versuchen, daraus etwas zu entwickeln, damit wir alles, was wir wissen, auch benutzen.

**T. Fischer:** Ich würde mich über eine Zusammenarbeit oder gemeinsame Publikation freuen, weil es wirklich wichtig ist, diese Befunde aus einem großen internationalen Raum, aus Ländern, die ganz andere Entwicklungsstände haben als wir, hier zusammenzuspannen.

**Hancvencl:** Ich habe Probleme mit Ihren Empfehlungen für die Politik. Ich kann nichts damit anfangen, dass die Landesplanung mit der Gemeindeplanung reden soll. Sie sagen, was ich auch glaube, es ist normal für diese Generation, neugierig zu sein und in die Welt hinauszugehen. Das ist ja nichts Schlechtes, es ist nichts Negatives. Aber wie behandle ich jetzt von der Gemeinde aus diese Generation? Soll ich jetzt versuchen, sie wieder zurückzubekommen? Haben die überhaupt eine Chance? Sie haben ja eine emotionale Bindung. Sie haben dort die Großeltern oder Eltern. Das kann jetzt positiv oder negativ sein. Ich weiß es aus Tschechien, aus Prag, die Leute studieren an der Uni und kommen dann in das kleine Dorf zurück. Sie überlegen sich unter Umständen dazubleiben, wenn es ein günstiges Wohnungsangebot gibt. Ein altes Problem ist ja immer auch der *Finanzausgleich*, den Sie nicht erwähnt haben und der auch nicht auf diese Generation Bezug nimmt. Das ist ein *circulus vitiosus*. Jeder möchte ihn ändern, denn je weniger Bewohner ich habe, desto weniger Geld bekomme ich aus dem Finanzausgleich. Das ist ja meschugge. Seit so vielen Jahren wollen wir das ändern, aber es passiert nichts. Mit der Raumplanung kann ich nichts anfangen.

**T. Fischer:** Sie können mit der Raumplanung vielleicht nichts anfangen, aber die Raumplanung hat auf Landesebene eine wichtige Koordinations- und Entwicklungsfunktion. Es geht dabei nicht darum, sich etwas zu überlegen und schöne Pläne zu zeichnen, sondern dass wir dieses Wissen, wie Lebensqualität mit Raum zusammenhängt, warum etwas mehr oder weniger wird, in andere Abteilungen hineinzutragen.

Den Finanzausgleich hatte ich nicht erwähnt, weil es aus raumpolitischer Sicht völlig klar ist, dass dort, wo etwas weniger wird, weniger Geld verortet wird, etwas das Riesenunmut erzeugt, bis hin zur Frage, ob ländliche Bewohner weniger wert sind als die sog. Stadtbevölkerung. Da muss man sich dann das *Zentrale-Orte-Konzept* überlegen und überlegen, wenn Wien und die Landeshauptstädte mit hochrangiger, auch medizinischer Infrastruktur mitversorgen. Das sind sehr viele Themen.

In Österreich gibt es keine klare politische Aussage dazu, was mit dem ländlichen Raum unter Berücksichtigung seiner vielen (auch strukturellen) Facetten passieren soll, ob man Räume schrumpfen und gar aufgeben soll und wenn nicht, wie Versorgungsstandards raumangepasst festzulegen sind.

D.h. solange das ungeklärt ist, kann auch die Wissenschaft nur auf die Dramatik räumlicher Entwicklungen und die Wechselwirkungen zwischen den Faktoren aufmerksam machen. Es ist auch immer eine Frage der Interpretation der Befunde und der Übernahme der Kosten für die erforderliche

Infrastruktur. Es ist absehbar, dass dieses Thema den *Städtebund* und den *Gemeindebund* weiterhin beschäftigen werden, siehe Stichwort „aufgabenorientierter Finanzausgleich“.

In der Diskussion darüber, wer nun konkrete an den Fehlentwicklungen und dem Nicht-Gelingen räumlicher Ordnung Schuld ist, dann kommt postwendend die Antwort: die Raumplanung. Das ist bedingt richtig. Raumplanung ist das Ergebnis politischer Interessen und Kräfteverhältnisse, aber auch Zwänge: Nimmt es angesichts der Regeln des Finanzausgleichs wunder, dass Bürgermeister Zersiedlung in Kauf nehmen, nur um zwei oder drei Einwohner mehr zu bekommen? Und wenn dann der Kapellmeister in die Nachbargemeinde geht, dann zieht er gleich seine drei noch nicht geborenen Kinder mit. D.h. es gibt da so viele diffizile, kleinräumige Verstrickungen, die man wirklich einmal durchdenken und auseinandersetzen muss. Deshalb ist meiner Meinung nach, unsere querschnittsorientierte Fachrichtung dazu geeignet, diese Befunde zu transportieren.

**Chr. Gruber:** Ich bin überrascht, dass Sie sich gerade bei den 20 bis 30-Jährigen nicht nach der beruflichen Situation und Ausbildungssituation erkundigt haben. Die Zahl der Befragten ist ja groß genug, um diesbezüglich zu differenzieren. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es zwischen den drei Gruppierungen keine Unterschiede gibt. Ich glaube, dass es gerade für die Raumentwicklung wichtiger Indikator sollte zu wissen, wo man Arbeit finden kann, welche Ausbildung jemand hat usw.

**T. Fischer:** Vielleicht habe ich das falsch ausgedrückt. Es ist sehr wohl die Frage berücksichtigt worden, ob Leute in Ausbildung stehen oder nicht. Bei den Multilokalen sehen wir, dass diese fast alle in Ausbildung stehen. Nur das ist so eine kleine Anzahl, die man nur qualitativ untersuchen kann. Was man allerdings sagen muss, und das ist für mich das zentralste Moment: die Personen, die in Ausbildung stehen und (nach wie vor) in deren ländlicher Herkunftsgemeinde wohnen, haben eine latent hohe Abwanderungsneigung. Das wird in dieser Studie berücksichtigt. Ich weiß auch, dass die multilokal Lebenden tendenziell hochausgebildet sind oder in einer höheren Ausbildung stehen und in Bezug auf deren langfristige Fixierung des räumlichen Lebensmittelpunktes sehr unschlüssig sind.

**Chr. Gruber:** Was ist mit der ersten großen Gruppe, den Ortstreuen?

**T. Fischer:** Die Ortstreuen sind differenziert, haben aber Großteils einen Hauptschulabschluss, zu mehr als der Hälfte. Wie dann diese einzelnen Gruppen und Schichten in ihrer kleinen Quantität im Detail die Infrastruktur wahrnimmt, habe ich bislang nicht im Detail auseinandergesetzt. Mir ging es in einem ersten Schritt einfach darum, einmal zu schauen, wer beabsichtigt, zu gehen oder zu bleiben und wovon das abhängt. Und es hängt eben auch davon ab, ob jemand schon weiß, was er bzw. sie will oder nicht, und ob sich der Lebensentwurf vor Ort umsetzen lässt.

**Chr. Gruber:** Eine naive Folgerung daraus könnte sein, dass jener, der den Lehrabschluss hat und dementsprechend arbeitet, mit hoher Wahrscheinlichkeit als Ortstreuer bleiben wird.

**T. Fischer:** Das ist nicht naiv, sondern für unsere Fallbeispielgemeinden ein empirischer Befund, sofern sein Arbeitsplatz stabil und mit einem als zumutbar empfundenen Aufwand für das Pendeln verbunden ist.

**Chr. Gruber:** Ist das nicht eine große Herausforderung für die politischen Verantwortungsträger, wo man da Ziele setzt, wie sich die Gemeinde entwickeln soll bzw. Regionen? Es kann ja nicht jede Gemeinde dasselbe machen.

**T. Fischer:** Das ist eine wunderbare Frage, die Sie mir da stellen. Ich würde das gerne irgendwo lesen, z.B. im *Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2011 (ÖROK 2011)* oder im *Masterplan Ländlicher Raum (BMLFUW 2017)*. Wir können es nicht sagen und das hat auch einen einfachen Grund: Man darf nicht immer nur auf die Politik hinauen. Man weiß heute nicht, wohin sich in zwanzig Jahren die Städte entwickelt haben werden. Man hört immer wieder bei Veranstaltungen durch, wenn Hochqualifizierte aus ländlichen Räumen jammern, dass sie das U-Bahn-Fahren nicht mehr ertragen, dass sie die Dichte

nicht mehr ertragen. Vielleicht wird der Leidensdruck einmal groß genug, dass dieser Personen in deren Heimatgemeinden zurückgehen und eine andere berufliche Stelle annehmen. Das alles sind aber nur Gedankenspiele, die natürlich heftige Reaktionen auslösen, wenn man sie ausspricht. Die demographische und gesellschaftliche, aber auch wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume wird meiner Ansicht nach von der Weiterentwicklung der Städte, den raumwirksamen Effekten der Globalisierung und der Weiterentwicklung bzw. Anpassung der gesetzlichen Ordnungsrahmen abhängen. Es wird auch eine Frage sein, ob es politisch gewünscht und umsetzbar ist, räumlich ausgewogene Bevölkerungsschwerpunkte festzulegen, der Zersiedelung Einhalt zu gebieten und die Dezentralisierung der Arbeitsmärkte – und nicht nur der höherrangigen Ausbildungsstätten – voranzutreiben. Die Frage ist auch, ob alle Bundesländer mitgehen und wie es gelingen kann, dass es keine Ausnahmen gibt.

Ein Beispiel: Es gibt Gemeinden, die Nahversorgung als Thema ernst nehmen und es zum Thema für Bürgerbeteiligung machen. Man appelliert an die Bewusstseinsbildung für den lokalen Einkauf. Die Leute machen mit und gehen einkaufen. Die Nachbargemeinde allerdings setzt an die gemeinsame Gemeindegrenze einen Supermarkt hin. Was bedeutet das, und sind wir bei der Beantwortung dieser Frage nicht päpstlicher als der Papst. Auch die Befürworter der fußläufigen Nahversorgung sind versucht, ins Auto zu steigen und im Supermarkt einzukaufen.

Wir müssen also überlegen: Würden wir die Lösungen, die wir anderen vorschlagen, auch selbst annehmen? Damit berühren wir ethische Fragen der Raumplanung.

**Chr. Gruber:** Man müsste das schon weiter diskutieren, wie in dieser Frage mit Geld umgegangen wird.

**Kortschak:** Ich bin in der Regionalentwicklung in der Südoststeiermark im Bereich Jugend tätig. Es geht bei uns sehr viel auch von Landesseite immer wieder um Beteiligung in den Gemeinden bei der Gestaltung der Infrastruktur. Ist es den jungen Leuten ein Anliegen, in ihrer Gemeinde beteiligt zu werden? Ist das in Ihrer Studie vorgekommen?

**T. Fischer:** Man kann das anhand der Antworten der Befragten zur Frage „*Welche Ideen haben Sie für Ihre Gemeinde?*“ beantworten. Auch hier ist der Befund sehr unterschiedlich. Beteiligung kann sinnvoll sein, man muss aber auch auf die Grenzen der Effektivität von Beteiligung aufmerksam machen. Den Ansatz, Beteiligung zu heben, indem jungen Erwachsenen bzw. Jugendlichen ein schlechtes Gewissen gemacht wird, halte ich für verfehlt.

Wenn Sie Ihre Erfahrungen aus der Südoststeiermark im Bereich Jugendbeteiligung beim Land Steiermark in der entsprechenden Abteilung kommunizieren, dann bin ich neugierig, wie man Ihre Befunde aufnimmt. Im Rahmen von Beteiligungsprozesse werden oft Wunschbriefe formuliert. Ich denke da ganz allgemein an die Beteiligung von Kindern im Rahmen der Gemeinde- und Regionalentwicklung: Man lässt Kinder ihr ideales Wohnumfeld zeichnen und weiß, zeitgleich, dass man diesen Kindern das an dieser Stelle nicht ermöglichen kann. Diese Befunde einmal öffentlich und wirklich kritisch zu diskutieren, finde ich wirklich wichtig, weil die Kinder und Jugendlichen vor allem in peripheren Landgemeinde eine zahlenmäßig bestenfalls stagnierende Bevölkerungsgruppe sind.

Das alles soll nicht heißen, dass Beteiligung keinen Sinn macht. Vielmehr muss die Frage erörtert werden: Was lässt sich aus den erarbeiteten Ergebnissen wirklich ableiten? Was ist ein kollektiv erarbeitetes Ergebnis wert, wenn es in einem „künstlichen“ Setting erzeugt wird und nach Abschluss der Auseinandersetzung alle wieder in ihre Autos steigen und weiterleben wie bisher?

Darüber hinaus ist das am-Leben-halten des transdisziplinären Dialogs, für den ich plädiere, unabdingbar und ein extrem mühsamer Prozess.

**Kortschak:** Es geht dabei aber um eine Wertschätzung der jungen Leute.

**T. Fischer:** Ohne Wertschätzung geht sowieso nichts, auch bei den alten Leuten nicht, bei denen schon gar nicht.

Die **nächste Sitzung** der **Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung** findet am **Freitag, 16.3.2018 10.00 Uhr s.t.** an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen statt, 1030 Wien, Marxergasse 2/Mezzanin. Folgende Beiträge stehen auf dem Programm:

*L. Schaller (Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Agrar- und Forstökonomie): „Zielgerichtete Lösungen für eine verbesserte Bereitstellung öffentlicher Güter aus der Landwirtschaft – Erfahrungen aus dem H2020 Projekt PROVIDE“*

*Dr<sup>o</sup>. Lena Schaller* studierte Agrarwissenschaften an der Technischen Universität München/Weihenstephan, wo sie mit ihrer Dissertation zum Thema `Klimaschonende Moorbewirtschaftung in Deutschland` auch promovierte. Seit 2010 arbeitet sie am Institut für Agrar- und Forstökonomie der Universität für Bodenkultur, Wien. In ihrer wissenschaftlichen Arbeit beschäftigt sie sich insbesondere mit Agrarökosystemdienstleistungen, sowie der Bereitstellung öffentlicher Güter durch die Landwirtschaft

*E. Gruber (Institut für Geographie und Regionalforschung, Universität Wien): Das Konzept des Aktiven Alterns: Eine geeignete Strategie für ländliche Regionen im demografischen Wandel?*

*Dr<sup>o</sup>. Elisabeth Gruber* studierte Geographie an der Universität Wien. Ihre Dissertation über Ruhestandsmigration in ländlichen Räumen Österreichs schloss Sie Anfang 2017 ab. Seither ist sie als Projektangestellte am Institut für Geographie und Regionalforschung in Wien angestellt und arbeitet an dem transnationalen Projekt „YOUMIG“ der Förderschiene Interreg, welches sich mit Motivationen, Ausprägungen und Auswirkungen von Jugendmigration im Donauraum beschäftigt. In vergangenen Projekten beschäftigte Sie sich unter anderem mit den Themen demografische Alterung, Siedlungsentwicklung und räumliche Schrumpfung und Daseinsvorsorge. Nebenbei lehrt Sie im Bereich der Arbeitsgruppe Angewandte Geographie, Raumforschung und Raumordnung. Ihre Forschungsinteressen gelten der Erforschung von Migration und demografischer Entwicklungen und deren räumlichen Auswirkungen sowie der Regionalentwicklung und räumlicher Planung im österreichischen und europäischen Kontext.

## Literaturhinweise

Krämer, Stefan; Kreuz, Dieter; Wenng, Sabine (2009): Land und Leute. Kleine Gemeinden gestalten ihre Zukunft im demografischen Wandel, Wüstenrot-Stiftung, Ludwigsburg.

Leibniz-Institutes für ökologische Raumentwicklung (IÖR, 2011): Aktuelle Einschätzung zum Zensus 2011: Lage auf Wohnungsmärkten in Baden-Württemberg weiter angespannt, Pressemitteilung vom 10.07.2013, [www.ioer.de/presse/einzel-2013/?tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=117&cHash=709c8fb98e133efb29592a5df3aaa73e](http://www.ioer.de/presse/einzel-2013/?tx_ttnews[tt_news]=117&cHash=709c8fb98e133efb29592a5df3aaa73e)

Wonneberger, Eva (2011, Neuauflage 2015): Neue Wohnformen – Neue Lust am Gemeinsinn? Centaurus Verlag & Media KG, Freiburg.

Wüstenrot Stiftung/Der Paritätische Baden-Württemberg e.V. (2009, Hg): Wohnformen im ländlichen Raum. Lebensqualität für Ältere durch vernetzte Initiativen, Ludwigsburg und Stuttgart.

Wüstenrot Stiftung (2016, Hg): Land und Leute – Unsere Zukunft in kleinen Gemeinden. Gemeinschaftlich, innovativ, wertvoll und wertschöpfend, Ludwigsburg.

---

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW, 2017): Masterplan für den ländlichen Raum. Aufschwung für den ländlichen Raum, Wien.

Christaller, Walter (1980): Die Zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischer Funktion. Nachdruck der Ausgabe von 1933. Darmstadt.

- Fischer, Tatjana (2014): Weggehen. Zurückkommen. Verbunden bleiben. Wanderungs- und Bleibeverhalten junger Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren in peripheren ländlichen Regionen am Beispiel der LEADER Region Nationalpark Kalkalpen. Motive und Handlungsansätze. Ein Projekt im Auftrag der Oö. Zukunftsakademie, Amt der Oö. Landesregierung, Institut für Raumplanung und Ländliche Neuorientierung der Universität für Bodenkultur Wien.
- Giffinger, Rudolf; Kramar, Hans; Lunak, Daniela (2004): Zentrale Orte: ein zukunftsweisendes Konzept für das Stadtsystem in Österreich. In: FORUM Raumplanung der Österreichischen Gesellschaft für Raumplanung (ÖGR). Heft 2/2004, Wien.
- Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK, 2011): Österreichisches Raumordnungskonzept (ÖREK) 2011, Wien.
- Statistik Austria (2015): Wanderungsbilanz, Bundesanstalt Statistik Österreich, Wien.
- Tönnies, Ferdinand (2017, urspr. 1887): Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirische Culturformen, Fues's Verlag Leipzig, Nachdruck Hansebooks, Norderstedt.
- Weber, Gerlind, Fischer, Tatjana (2012): Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen. In: Bechmann, Ulrike; Friedl, Christian (Hrsg.): Mobilitäten. Beiträge von Vortragenden der Montagsakademie 2011/12 Bd. 8, 199-214; Grazer Universitätsverlag - Leykam - Karl-Franzens-Universität Graz, Graz.
- Weichhart, Peter (1996): Das System der Zentralen Orte in Salzburg und angrenzenden Gebieten Oberösterreichs und Bayerns. Salzburger Institut für Raumordnung & Wohnen (SIR) Schriftenreihe Band 16/1996, Salzburg.
- Wiesbauer, Alexander; Kausl Alexander; Marik-Lebeck, Stephan; Venningen-Fröhlich, Hélène (2013): Multilokalität in Österreich. Regionale und demographische Struktur der Bevölkerung mit Nebenwohnsitz(en). Statistische Nachrichten 3/2013: 196-216.
- Zellmann, Peter; Mayrhofer, Sonja (2015): Forschungstelegramm Februar 2015 (Nr. 2/15) des Instituts für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT), Wien.